ZECK
das info aus der flora
Nr. 101, August 2001



Erschossen in Genua am 20.7.01:

Carlo Giuliani



Statt eines Vorwortes

Aus gegebenem traurigen Anlaß hat diese Ausgabe zwei Schwerpunkte:
Die Ereignisse in Genua und die Propagierung von Brechmittelvergabe bei der Dealerbekämpfung durch den SPD-Innensenator Scholz.
Die nächste Zeck erscheint evtl. erst zum Oktober, sollte dem so sein verprassen wir eure Abogelder in unserer hart erarbeiteten Sommerpause auf Kuba...
Am 8.9. wird es ein Schanzenviertelstraßenfest geben!
See you there!

Impressum
V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt

Neumünster: Konzert vor dem Club 88 stößt auf reges Interesse
Polizei lässt Provokation der Nazis zu

Deutlich über 700 BesucherInnen zählte das Konzert gegen den Nazi-Treffpunkt Club 88 am heutigen Samstag auf dem Gelände der Grund- und Hauptschule in Gadeland. Im Rahmen des Aktionssommers gegen diesen überregional bedeutsamen Nazitreffs spielten zwölf Bands und DJ´s verschiedener Musikrichtungen bei gutem Wetter und entspannter Atmosphäre aus ganz Norddeutschland. Auf dem Grundstück traten zudem Feuerspucker auf, andere BesucherInnen spielten Basketball. Die hohe Zahl der BesucherInnen verdeutlicht, so die veranstaltenden Gruppen, dass viele Jugendliche die Forderung unterstützen, dass der Club 88 umgehend geschlossen .. werden muss. .. Nach Abschluss der Veranstaltung kam es zu kleineren Auseinandersetzungen zwischen KonzertbesucherInnen und .. der Polizei, die mit Festnahmen endeten. Die Konzertgruppen Schleswig-Holstein & Avanti - Projekt .. undogmatische Linke verurteilen das Vorgehen der Polizei, die diese Eskalation verursacht hat: kurz vor Ende der Veranstaltung ließ die Einsatzleitung zu, dass sich eine größere Gruppe von Neonazis auf die Strasse begab, die viele KonzertbesucherInnen für den Heimweg nutzen wollten. Für die dadurch entstehende Eskalation trägt allein die Polizei die Verantwortung. Einzelne der Festgenommen, so Augenzeugen, wurden von der Polizei misshandelt, unter anderem durch Tritte und Schläge auf Festgenommene in Polizeifahrzeugen und am Boden liegende. Während das Konzert noch lief, gegen 16.00 h., versammelten sich rund 35 Nazis wie schon vor vierzehn Tagen in der Nähe der Aktion Jugendzentrum in der hintersten Ecke des Postparkplatzes, um gegen das Konzert und den Aktionssommer vom Bündnis gegen Rechts zu demonstrieren. Die Nazis nahmen in Reih und Glied Aufstellung und lauschten den Worten ihres Führers Peter Borchert. Außer den Nazis hörte aber nur der Papiercontainer und die Parkuhr zu. Ansonsten interessierte sich niemand für die Kundgebung. So packten die Nazis schon nach der Hälfte der angemeldeten Zeit ihre Transparente wieder ein. AntifaschistInnen waren einstimmig der Meinung, geschlossen das Konzert mit der erfreulich hohen Zahl an ZuschauerInnen wie geplant durchzuführen und nicht gegen die Naziveranstaltung vorzugehen. Dies erwies sich in diesem Fall auch als Richtig. In anderen Fällen werden wir aber weiterhin versuchen, öffentliche Auftritte von Nazis zu stören und wenn möglich zu verhindern.

Antifa Nemuenster e-mail: antifanms@couriermail.de

„Bekennerschreiben"

Im Juni hat der Vorstand des Flora e.V. und das Plenum der Roten Flora Post von Herrn Kretschmer erhalten. Die NutzerInnen der Flora möchten der interessierten Öffentlichkeit diese Eigentümerprosa nicht vorenthalten, die übrigens wohl von Herrn und Frau Kretschmer gemeinsam verfaßt wurde (Orthographie und Interpunktion des Originals wurde beibehalten):

„An (...) und das Plenum, um sicher zu gehen, dass Sie den Text auch erhalten schicken wir diesen Brief an Sie persönlich. Unsere Absicht dabei ist, Ihnen unsere Ansichten einmal direkt vorzustellen, da wir von der Berichterstattung der Presse nicht besonders viel halten. Oder nehmen sie das etwa ernst, was die Presse über uns oder Sie schreibt? Um sich generell von niemanden instrumentalisieren zu lassen halten wir mehr von einem persönlichen Kontakt. Seit längerem interessieren wir uns für die Aktivitäten der Roten Flora. Wir haben versucht uns über unsere Anwesenheit bei Demos, wie z.B. den Aktionstagen im Februar, als auch über unsere Besuche in der Roten Flora unabhängig von jeder Presse-Berichterstattung eine Meinung über Ihre Aktivitäten zu bilden.
Wir haben das Gebäude der „Roten Flora" gekauft, um die politisch-kulturelle Idee „Rote Flora" zu unterstützen. Wir finden das sie ein wichtiger sozio-politischer Impuls ist. Dies insbesondere weil sie jegliche öffentliche Gelder ablehnt, somit finanziell autonom ist und konsequent ihre Ideen verfolgt. In der Presse hatte die CDU angekündigt, falls sie die Wahl gewinnt, die Rote Flora „platt machen zu wollen".
-Durch unser privates Engagement wollen wir einen Abriss und den politischen Missbrauch der Idee „Rote Flora" vermeiden.
-Die Rote Flora soll so bleiben wie sie ist.
Über Pastor Arndt haben wir erfahren, dass Sie an einem Gespräch nicht interessiert sind. Das respektieren wir. Aber wie können Sie Ihre Vorbehalte gegenüber uns mit Ihrer politischen Idee „Niemanden zu diskriminieren, Menschen ohne Vorurteile wahrzunehmen", rechtfertigen? Wir bitten Sie uns in Zukunft mit unfundierten Sprüchen, die gegen uns gerichtet sind in Ruhe zu lassen wie wir Sie auch in Ruhe lassen.
Trotzdem würden wir uns über ein persönliches Kennenlernen freuen.
Mit freundlichen Grüßen Klaus Kretschmer."

„Unfundierte Sprüche" – Ein Beispiel

Manche Menschen quatschen einfach viel und manchmal dann noch am falschen Ort zu laut. So ein Mensch ist auch der Bauleiter von Klaus Kretschmers Bauvorhaben am Holstenwall. Neben vielerlei Neuigkeiten aus dem Leben eines mit 50 Wochenstunden bei Kretschmer Beschäftigten war neulich zufällig zu erfahren, daß sich dieser Mensch offenbar die Gedanken seines Chefs macht. Im angeregten Gespräch unter vier Augen erklärte der mitteilungsfreudige Mann mit durchaus programmatischem Eifer auch unfreiwillig gegenüber Dritten: „Man muß versuchen nachzuweisen, daß die Rote Flora ihre politische Arbeit über die Zusammenarbeit mit kurdischen Drogendealer finanziert." So gesehen darf man also in Kürze mit großem Interesse die Anstrengungen einschlägiger journalistischer Kreise verfolgen, mit alten Luftnummern aus der redaktionellen Sparte „Chaotentextbausteine/ Abteilung div. Verschwörungstheorien", mal wieder Politik machen zu wollen. Aber schon Mao lehrte, daß es gut und nicht schlecht ist, wenn der Feind einen bekämpft. Dann wird sich möglicherweise vielleicht bei der Gelegenheit klären, mit welcher gehirnakrobatischen Strategie Kretschmer da eigentlich einen Fuß in die Rote Flora kriegen will – fight the devil...

Unbefristeter Hungerstreik im Abschiebeknast Glasmoor

Seit dem 5. Juli 2001 sind bis zu 15 Gefangene des Abschiebegefängisses der Hamburger Justizvollzugsanstalt (JVA) Glasmoor in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie wehren sich somit, gegen Abschiebehaft, unmenschliche Haftbedingungen, Abschiebung und fordern ihre sofortige Freilassung.
Durch die Verweigerung von Nahrung riskieren sie bleibende gesundheitliche Schäden und im härtesten Fall ihren Tod.
Die Hungerstreikenden kommen aus Polen, Indien, dem Libanon, Ghana, Gambia und Kuba.
Um den Willen der Gefangenen zu brechen, wurden sie von einander getrennt. Ein Teil von ihnen ist in das Untersuchungsgefängnis Holstenglacis gebracht worden, in welchem auch sonst Flüchtlinge inhaftiert sind.
Wärter und Ärzte versuchen den Streikenden einzureden, dass sich eh Niemand für sie interessiert und sagen, dass ihr Protest sinnlos sei. Selbst der Konsum von Tabak wurde ihnen verboten, welcher einer der wenigen Freiheiten im zermürbenden Gefängnisalltag darstellt. Der Hungerstreik richtet sich auch gegen die unzumutbare Versorgung der Gefangenen im Abschiebeknast. Es ist bekannt, dass die Gefangenen verschimmeltes Brot, sowie abgelaufene Lebensmittel erhalten.
Die Gefangenen in Glasmoor sind der Willkür der Wärter ausgesetzt. So ist es nur in Ausnahmefällen möglich, die Inhaftierten mit frischen Lebensmitteln zu versorgen, da die Wärter die mitgebrachte Nahrung den Gefangenen nicht aushändigen wollen. Dass die inhaftierten Flüchtlinge in Glasmoor unsere praktische Unterstützung dringend benötigen, sehen wir auch daran, dass erst vor wenigen Monaten Angestellte der JVA Glasmoor vor Gericht standen. Es ging in diesem Prozess um Schläge und Misshandlungen gegen Gefangene.
Nur weil sie ohne die in der BRD erforderlichen Papiere eingereist sind, werden die Flüchtlinge bis zu 18 Monaten hinter meterhohen Stacheldrahtzäunen und Stahltüren wie Schwerverbrecher weggeschlossen, bevor sie, bis auf Einzelfälle, abgeschoben werden. Oftmals erwartet die Flüchtlinge in ihrem Heimatländern Haft, Folter oder ihr Tod.
Abschiebehaft bedeutet, Flüchtlinge zu kriminalisieren, den Verwaltungsakt der Abschiebung anonym und geheim zu halten, so dass es ihnen nicht möglich ist Öffentlichkeit zu erlangen.
Um diese rassistische Abschiebepraxis zu perfektionieren, werden die Gefangenen von den deutschen Behörden gezwungen ihre Haft und Abschiebung selber zu zahlen.

Unterstützt die Forderungen der Hungerstreikenden un Glasmoor!
Solidarisiert euch mit Flüchtlingen und MigrantInnen!
Abschiebehaft ist Folter – Abschiebung ist Mord!

Kommt alle zum Abschiebeknast:
19/08/01
Sonntagsspaziergang zum Abschiebeknast Glasmoor
(Treffpunkt 14 Uhr B5, Brigittenstr.5, 15 Uhr Norderstedt Am Glasmoor/Glasmoorstrasse)

Wer ist schuld am Tod Carlo Giulianis?

Bei den Ereignissen in Genua geht es um mehr, als um die Zerschlagung einer sehr grossen Demonstration

Auf Details achten und auch scheinbare Nebensächlichkeiten verfolgen sollten JournalistInnen eigentlich sogar dann, wenn sie nur als Amateure für ein Freies Radio arbeiten.

Doch die Feinheiten entgehen uns, als unser Korrespondent Bernd Moser aus Genua am Freitag um 15 Uhr anruft, kaum das Heulen der Polizeisirenen um sich herum übertönen kann, um mitten aus der Straßenschlacht zu berichten: "Die Polizei ist nur darauf beschränkt die 'Rote Zone' abzusichern und um diese Zone herrscht das Chaos. Aber auf der Straße hat man volle Bewegungsfreiheit und überall um mich herum kracht es." Ein Fest der als gemäßigt geltenden Organisation Attac, die mit Steuern der Globalisierung zu Leibe rücken möchte, nicht mit Molotov-Cocktails und Steinen, sei, widerspricht er im nächsten Satz seiner vorhergehenden Behauptung der "völligen Bewegungsfreiheit", soeben mit brutaler Gewalt von der Polizei geräumt worden.

Diesen Widerspruch erklären sich das Genua Social Forum, Mitglieder der "tute bianche" oder der Italienkenner Azzellini als bewusste Strategie von Drahtziehern aus Berlusconis Staatsapparat: Es musste brennen in der ligurischen Hauptstadt, die nun folgende Repression soll die ganze Bewegung treffen.

Und noch einmal im gleichen Telefonat eine Passage, die uns nicht aufhorchen lässt und nicht zum Nachfragen veranlasst. Bernd zeigt sich unsicher, obwohl er im Sender als Fachmann für die verschiedenen politischen Szenen gilt, wo er die Militanten, die da agieren, einordnen soll: "Ich weiss auch nicht wer da welchem Spektrum zugehört: Leute mit Helmen und Schlagstöcken haben andere Leute mit Helmen und Schlagstöcken daran gehindert, Geschäfte einzuhauen." Und dann wiederholt er, als würde ihn dies tatsächlich verwirren: "Irgend ein kleineres Geschäft wird mit Steinen und Stangen angegriffen und dann kommen relativ schnell Leute die genauso aussehen wie die andern und sagen: das ist nicht korrekt - die sollen die Finger davon lassen und wo anders hingehen."

Zweieinhalb Stunden später der Tod Carlo Giulianis. Eine Beschreibung der Umstände, von der wir (hier in Nürnberg) zur Stunde noch nicht wissen, ob sie im Detail zutrifft: Die Polizei hat ihre Taktik geändert - es wird großflächig mit Tränengas und Schlagstock vorgegangen. Eine der Fronten in dieser Schlacht löst sich gerade auf - die Polizei ist weit genug auf Distanz, um den Rückzug möglich zu machen. Ein einzelnes Fahrzeug der Carabinieri rast plötzlich auf die Menge zu, fährt jedoch auf eine Mülltonne am Rande der Straße auf. Es wird von militanten Demonstranten umringt und angegriffen. Auf Bildern sind Schlagstöcke und eine Holzlatte zu sehen, mit der ein Fenster des Wagens eingeschlagen wird. Ein Feuerlöscher fliegt durch die Luft und fällt auf den Boden, vielleicht wird er aus dem zersplitterten Heckfenster herausgeworfen. Einer der Polizisten taucht am Heckfenster auf und richtet seine Pistole auf die Angreifenden. Carlo hebt den Feuerlöscher auf, und hält ihn in den Händen, während die anderen angesichts der Waffe fliehen oder in Deckung gehen. Der Polizist feuert aus nächster Distanz auf Carlos Kopf, der Getroffene stürzt zu Boden. Der Fahrer legt den Rückwärtsgang ein und überrollt den Körper Giulianos.

Nach Bekanntwerden der tödlichen Schüsse gibt ein Teil der Bewegung die Parole aus, für den nächsten Tag vorsichtiger zu agieren. Aber die Carabinieri üben nach der Tat ihres Kollegen anderntags nicht etwa ihrerseits Zurückhaltung, sondern zeigen provozierend ihre Tränengasgewehre aus den Fenstern und Dachluken der Wägen, in denen sie die Straßen patrouillieren. Es kommt zu ersten Zusammenstößen: Eine Minderheit habe die Auseinandersetzung gesucht heisst es in den Medien. Doch der Zug von mehr als 100.000 GlobalisierungsgegnerInnen wird immer wieder brutal bedrängt und mit Hilfe von Knüppel- und Tränengaseinsätzen aufgespalten. Die Angriffe der Beamten gelten nicht nur dem "Black Bloc". Auf 60jährige Mitglieder der "Rifundazione Communista" wird ebenso eingeprügelt, wie auf 18jährige, die das erstemal eine Demonstration mitmachen. Die Straßenschlacht entbrennt auf's Neue. Einwohner Genuas kommen aus den Häusern und warnen vor heranrückenden Polizeitrupps. Es herrscht Angst vor der Brutalität der Einsatzkräfte und manch einer greift vielleicht zum Pflasterstein, der diese Absicht zuvor nicht hatte. Und in all dem schallt schwarzen Trupps, wo sie auftauchen, von demonstrierenden Italienern und aus Fenstern immer wieder der Ruf entgegen: Assassini - Mörder! Maike Dimar, ebenfalls für Radio Z in Genua, berichtete uns, ein Block offensichtlich friedlich Protestierender habe sie und ihre BegleiterInnen wütend weggeschickt. Der Vorwurf: Sie seien PolizistInnen in Zivil - sie und ihre BegleiterInnen trugen zum Teil schwarze Kleidung. Weshalb dieser Haß auf schwarz gekleidete Menschen? Assassini, Assassini! Warum sollten die Militanten Mörder sein, denen doch der Tote zugerechnet werden muss? Die italienischen Linken glauben, es hätten sich Faschisten unter die Schwarzgekleideten gemischt, wird uns gesagt. Aus dem sicheren Studiosessel kommt uns dies vor wie ein paranoides Gerücht aus dem Hexenkessel der Verschwörungstheorien.

Als Indizien für die Absicht, Straßenschlachten nicht zu verhindern, sondern die Eskalation zu schüren, so Maike Dimar in einem Bericht aus Genua, werde gesehen, dass bei Grenzkontrollen "Demomaterial" bis hin zu Zwillen wieder eingepackt werden durfte. Auch nach einer Razzia in einem besetzten Haus durften die Bewohner gefundene Gegenstände, die für eine Straßenschlacht brauchbar sind, behalten. Keine echten Belege, keine Beweise: In Italien ist "defensive Bewaffnung" auf Demonstrationen nicht verboten. Am Samstag abend jedoch kündigt das Genua Social Forum an, es gebe Beweise dafür, schwarz vermummte Polizisten hätten sich unter die DemonstrantInnen gemischt.

Doch zur Präsentation dieser Beweise kommt es nicht mehr. Denn das Zentrum des GSF, das "Headquarter der Gipfelgegner", wie es in der Presse heißt, wird in der Nacht zum Sonntag gestürmt. Hier nimmt die Polizei Beschlagnahmungen vor. Sie nimmt Arbeitsgeräte der anwesenden JournalistInnen und Bildmaterial mit. Eine These, die auf indymedia diskutiert wird lautet: Es soll belastendes Material aus dem Weg geräumt werden. Das staatliche Fernsehen wurde allerdings nicht gestürmt. Ein Fehler: es zeigte Bilder von Vermummten, mit Helmen und Eisenstangen bewaffnet, die aus Polizeikasernen kommen, in Polizeifahrzeuge einsteigen und mit Polizisten (militärische) Einsatzbefehle austauschen.

Dennoch - Provokateure in Demonstrationen, das ist auch für die BRD nichts Ungewöhnliches. Es sind Zivilbeamte, die natürlich keine Straftaten begehen dürfen, dies aber im Eifer des Gefechtes dann doch manchmal tun und natürlich passiert so etwas nur in den Fällen, in denen es herauskommt. Eine Banalität eigentlich.

Seit Samstag reißen auch in der BRD die Demonstrationen wegen Carlo Giulianis Tod nicht ab. In München waren es 600 Menschen, ebenso viele in Hamburg, 200 in Leipzig, 100 in Nürnberg, 800 in Berlin. Doch in Italien gehen mehr als 300.000 auf die Straße. 50.000 in Rom, 15.000 in Bologna, 25.000 in Mailand, 10.000 in Genua und 1000e in 100 weiteren Städten. Sie demonstrieren aus Trauer um einen Toten, sie gehen auf die Straße gegen Polizeiwillkür. Aber es treibt die Linke auch die Angst um, was in Genua geschah sei Teil einer politischen Strategie auf dem Wege zu einer faschistischen Entwicklung. Paranoia? Der Versuch von links Hysterie zu schüren und die Regierung Berlusconi um jeden Preis zu diskreditieren?

Wer die Geschichte Italiens nur ein wenig kennt, versteht warum in Genua "Assassini" gerufen wurde und warum die Bereitschaft existiert, zu glauben, dass da mehr ist, als nur eine in die Hose gegangene Polizeistrategie.

Die Rede ist von der "Strategie der Spannung", der Geheimloge P2 und der berüch-

tigten Organisation "Gladio". Ein Eckdatum der italienischen Nachkriegsgeschichte ist der 12. Dezember 1969. In Mailand explodiert auf der Piazza Fontana in einer Situation, in der sich die Massenbewegung der StudentInnen und ArbeiterInnen auf ihrem Höhepunkt befindet, eine Bombe. 16 Tote, 84 Verletzte. Die Polizei ermittelt gegen "Anarchisten". Der Geheimdienst legte die falschen Spuren und ein Polizeikommissar wird während der Ermittlungen ermordet. 12 Menschen begehen Selbstmord oder erleiden tödliche Unfälle, die mit dem Fall zu tun haben. Am Ende werden Faschisten angeklagt, die 1989 freigesprochen werden. Dies ist der Auftakt der "Strategie der Spannung" in der der Organisation "Gladio" eine Schlüsselrolle zufällt. Gladio war ursprünglich gegründet worden um gegebenenfalls einen Partisanenkrieg gegen die Sowjetunion im Falle eines sowjetischen Einmarsches zu führen. Nach dem Krieg wurde sie wieder aktiviert und für die Interessen der NATO und der Geheimdienste eingespannt. Sie pflegte beste Kontakte zu allen wichtigen faschistischen Parteien. Einer ihrer Hauptaufgaben war es dem Einfluss der Linken entgegenzuwirken und im Fall einer kommunistischen Machtübernahme zu putschen. Eine ganze Reihe von weiteren Bombenanschlägen geht auf ihr Konto, für die häufig die Brigade Rosse verantwortlich gemacht werden sollten.

Der Sinn dieser fast dreißig Jahre lang angewandten Strategie der Spannung, die vom CIA entwickelt wurde: "die Bevölkerung absichtlich in Unruhe und Angst vor einem Ausnahmezustand zu halten. Bis sie bereit war, einen Teil ihrer persönlichen Rechte im Austausch für größere Sicherheit aufzugeben", wie es Vincenzo Vinciguerra, ein zu lebenslänglicher Haft verurteiltes Mitglied der "Gladio", selbst einräumte.

Auch die Geheimloge P2 verfolgte ein ähnliches Ziel, hatte Putschpläne in der Schublade, bediente sich ihrer Nazi-Kontakte und sollte eine Machtübernahme der Linken verhindern. Die Loge wurde 1981 enttarnt. Eines ihrer Mitglieder jedenfalls erfreut sich bester Verfassung. Sein Name ist - Silvio Berlusconi.

Ähnliche Reaktionen der Linken gemäßigter Richtungen, wie derzeit in Italien, kennen wir auch hierzulande. Eine breite Bewegung kämpft für ein großes Ziel - am "rechten" Rand der bürgerliche Protest - am linken Rand die Autonomen, die auf Militante Aktion setzen. Und dann brennen die Barrikaden, die Wasserwerfer fahren auf, die Polizei schwingt den Knüppel und setzt Tränengas ein - Grund für die Presse die "Eskalation der Gewalt" zu verurteilen die der Demonstranten versteht sich - nicht die der Polizei. Hier kommt - ob es nun jedesmal zutrifft oder nicht - die These vom Agent Provokateur ins Spiel. Denn das Ziel des Staates ist klar: Die Bewegung soll sich spalten, die Guten sich von den Bösen distanzieren. Entweder sie fällt darauf herein, oder der "bürgerliche Flügel" macht die Polizei für jeden Pflasterstein und jede kaputte Scheibe verantwortlich. Ein Teil der Schuldzuweisungen mag sicher auch bei den sogenannten gemäßigteren Gruppen dem Wunsch geschuldet sein, sich von dem Vorwurf reinzuwaschen, die Gewalt billigend in Kauf genommen zu haben und zugleich die Spaltung zu verhindern. Niemand, der etwas von den Geschehnissen in der ligurischen Hauptstadt miterlebt hat wird aber behaupten können, die Militanten hätten nichts zu tun mit zerschlagenen Scheiben und brennenden Barrikaden, oder sie seien nur verführt worden. AugenzeugInnen berichteten von Szenen, bei denen unter dem Applaus Genueser Bürger eine große Bank entglast wurde. Auch ist wahr, dass italienische Anarchisten deutsche Autonome daran hinderten eine kleine Tankstelle in Brand zu setzen: "Die gehört doch sowieso einem Ölkonzern", so das Missverständnis. "Scheissaktionen habe es schon gegeben", räumte auch ein Nürnberger Autonomer ein. Doch weder zum Repertoire der italienischen noch der deutschen Militanten gehört "blinde Gewalt", die Lust zuzuschlagen "weil es halt so schön kracht".

Und heute stand in der italienischen Tageszeitung "Corriere della Sera" von einem Geheimdokument der Genueser Poizeiführung zu lesen, das dem Senat vorgelegt wurde: Dieses Geheimdokument enthalte eine Liste faschistischer Organisationen, die es sich zum Ziel gesetzt hatten in Genua einzusickern und die Gewalt zu schüren.

Dario Azzellini sagt: 'Es herrschte Hysterie unter der Linken in diesen Tagen, doch diese Hysterie lässt allmählich nach'. Gerüchte teilen sich allmählich in Fakten und Mythen - was kann man nun aus den Fakten folgern?

Wir sollten folgern, so Azzellini: Genua ist mehr als nur die Geschichte von einer sehr großen Demonstration. Wir sollten vorsichtig sein mit allzu großer Eile oder unüberlegten Behauptungen. Es kommt auf eine sorgfältige Analyse an.

Vielleicht aber dürfen wir uns bereits Fragen stellen?

Zum Ersten: Wer ist schuld am Tod Carlo Giulianis?

Zum Zweiten: Wozu diente die Provokationsstrategie, an deren Existenz in Italien offenbar nicht einmal mehr seriöse bürgerliche Tageszeitungen zweifeln? Sollte hier "nur" die Bewegung gespalten werden in friedlich und militant? Oder zeigt die massive Repression gegen alle, dass die Zerschlagung, Verunsicherung, Einschüchterung das Ziel war - eine Breitseite auf die gesamte Linke?

Zum Dritten: Wenn wir diese Frage mit ja beantworten: Welches Licht wirft dies dann auf den Weg des italienischen Staates - wohin wollen Berlusconi und seine Gesinnungsgenossen?

Zum Vierten: Eine Polizei die 100.000e mit brutaler Gewalt überzieht - Ist dies nur ein "Modell Italia"? Oder geht davon eine Botschaft aus die sich an ganz Europa richtet? Ein Subkontinent in dem gerade ein europäischer Staat entsteht, dessen Gesicht sich erst noch zeigen muss und der vielleicht Ballast abwerfen will. Vielleicht den Ballast bürgerlicher Werte von Freiheiten und Rechten der Einzelnen, die doch hinderlich sein können, auch wenn jedes bürgerliche Gemeinwesen bisher schon seine eigenen Mittel fand, trotz schöner Ideale zu tun "was dem Staate nützt".

Und dies alles sind vorläufig erst Fragen - keine Antworten!

Script einer Radio-Sendung vom 26.07.01 bei radio-z aus Nürnberg)
Homepage: http://www.radio-z.net/g8

Wie in zahlreichen anderen Städten in ganz Europa fanden auch in Hamburg vielfältige Protestaktionen zu den Ereignissen in Genua statt. In der Nacht von Freitag dem 20.7. auf Samstag den 21.7. wurden in Altona ein Streifenwagen und einige Banken entglast. Im Schanzenviertel wurden Müllcontainer angezündet.

Am Samstag gab es eine Demo mit ca. 500 TeilnehmerInnen durch Altona, der Versuch anschließend komplett mit der Bahn zum Italienischen Konsulat zu fahren scheiterte an den massiven Bullenkräften. Abends gab es, nachdem am Hafenrand Baugitter auf die Straße gestellt wurden, eine Demo mit 100 Leuten von der Hafenstrasse zur Roten Flora.

Am Dienstag, den 24.7. gab es wiederum eine Demonstration mit 250 Leuten durchs Schanzenviertel, der Versuch in die Innenstadt zu gelangen wurde durch massive Bullensperren verhindert.

Genua: Versuch einer Einschätzung

Bei denjenigen von uns, die in Genua vor Ort waren, herrscht bisher noch vornehmlich Sprachlosigkeit vor. Sprachlosigkeit angesichts eines Eskalationsniveaus militärischer Auseinandersetzungen, die keineR von uns in Westeuropa so einfach vermutet hätte. Dieser Text soll den Versuch darstellen, diese Sprachlosigkeit zu überwinden und, jenseits von Augenzeugenberichten, zu einer ersten politischen Einschätzung der Ereignisse zu gelangen. In Genua hat der Straßenkampf, der seit Seattle die Anti-Globalisierungs- Proteste kennzeichnet, regelrecht militärische Dimensionen angenommen. Das begann schon im Vorfeld in Form eines Informationskrieges, in dessen Verlauf die italienische Regierung die Bereitstellung zusätzlicher Kühlhäuser und Särge für die zu erwartenden Toten ankündigte. Doch auch vor Ort wurden DemonstrantInnen, obwohl sie sich bereits auf dem Rückzug vom Hauptgeschehen befanden, von Panzern durch die Straßen getrieben. Eine Polizeiwache brannte komplett aus, ein Gefängnis wurde gestürmt (La Repubblica 22.7.2001). Die militanten Straßenkämpfer haben mehrere Tankstellen in der Innenstadt geplündert, um serienmäßigen Nachschub an Molotov-Cocktails zu produzieren. Die italienischen Medien berichten, militärische Einrichtungen seien in Gefahr gewesen, was die Intervention der Marine notwendig gemacht habe. Auch wurden Menschen, die vor der Polizei ins Wasser flüchteten, von Polizeibooten aus angegriffen. Und es wurde an mehreren Stellen, zu mehreren Gelegenheiten scharf geschossen, nicht nur an dem Ort, wo Carlo Giulani aus nächster Nähe exekutiert worden ist, sondern mindestens noch beim Angriff auf eine weitere Polizeistation und bei den Krawallen am Samstag durch die sogenannte Finanzpolizei. Man kann also sagen, daß auf beiden Seiten Mittel der Auseinandersetzung gewählt wurden, die für Westeuropa zumindest im Kontext sozialer Bewegungen unüblich sind. Zunächst steht die Frage im Raum, wie dieses Eskalationsniveau erreicht werden konnte. Augenzeugen berichten, daß die militanten Gruppen, die später von den italienischen Medien als „Anarchisten" und „Schwarzer Block" homogenisiert worden sind, am Freitag morgen (also dem Tag des Gipfelsturms) sich über mehrere Stunden lang quasi unbehelligt in der Innenstadt ausagieren konnten. Ohne nennenswerte Eindämmungsversuche seitens der Polizei zerstörten sie in ganzen Straßenzügen die Geschäfte und Banken. Als die großen Demonstrationszüge in der Innenstadt ankamen, stiegen dort bereits dicke Rauchsäulen auf. Erst als die Massendemos ankamen, startete die Polizei ihre Gegenangriffe durch sehr massiven CS-Gas-Beschuß, Knüppel und Wasserwerfer, wobei diese sich vornehmlich gegen die Demozüge richteten und nicht gegen die militanten Gruppen. Hierbei wurde nicht differenziert zwischen Gruppen mit einem erklärtermaßen gewaltfreien Konzept, den Anhängern der von den Tute Bianche propagierten defensiv/offensiv-Strategie (siehe unten) und eventuellen „Schwarzen Blocks". Die Repression richtete sich also ausdrücklich gegen die nicht-militante breite Masse, während im Stadtzentrum der Rock"n Roll immer noch fortgesetzt wurde. Carlo Giuliani wurde am Rand der Tute-Bianche- Demonstration erschossen, deren Spitze an das Innenstadtgebiet angrenzte, als sie von der Polizei aufgehalten und zurückgeschlagen wurde. Diese Demonstration war straff organisiert, zielte in ihrer Militanz ausschließlich auf die Durchbrechung von Polizeikordons und Zaun auf dem Weg in die Rote Zone und wollte, um einer breiten Öffentlichkeit ein politisch gezieltes offensives Vorgehen zu vermitteln, explizit keinen Sachschaden in der Stadt anrichten. Ein siebenköpfiges, plural zusammengesetzes Gremium traf im Verlauf der Demonstration die Entscheidungen über das gemeinsame Vorgehen, die bis zum Schluß über den (für die Menge zu leisen) Lautsprecherwagen an die TeilnehmerInnen vermittelt wurden. Auch das interne Infosystem über Funk hat offenbar den ganzen Tag sehr gut funktioniert. Es gelang so weitgehend, ein Vertrauen der DemonstrantInnen in die Demoleitung herzustellen und (Gruppen)-Individualismen zugunsten eines geschlossenen Vorgehens zu vermeiden. Am Rande der Tute-Bianche-Demonstration kam es demnach auch zu Handgemengen zwischen Demo-ordnern und Militanten, die sich in die Masse flüchten wollten, um von dort aus erneut auszuschwärmen. Das Konzept von zivilem Widerstand der Tute Bianche zielt auf eine Verbreiterung der Aktionsformen der Anti-Globalisierungs-Bewegung nach dem Vorbild der Zapatisten. Dabei sind sie sehr stark auf Transparenz und Vermittelbarkeit bedacht. Ihre Ausrüstung (Helme, Panzerungen aus Schaumstoff und Plastik, große Plexiglasschilde, Feuerlöscher und Flexgeräte, um den Zaun aufzuschneiden) ist in Italien explizit legal, d.h. sie reizen die Legalität auf sehr phantasievolle Art bis an ihre Grenzen aus. Zudem waren Anti-CS-Gas-Brigaden im Einsatz, die die Patronen in mit Wassern gefüllten Mülleimern löschen sollten, und diverse andere Gruppen mit besonderen Aufgaben im zu erwartenden Handgemenge. Im Carlini-Stadion, der Homebase der Tute Bianche, wurden Konzepte und Entscheidungen auf Massenplena vorgestellt und so zumindest für alle nachvollziehbar gemacht. Entscheidungen fällte ein Delegiertentreffen der verschiedenen italienischen Städte und internationalen UnterstützerInnengruppen. Dabei gelang es, Transparenz und demokratische Entscheidungsstrukturen nicht in Handlungsunfähigkeit umschlagen zu lassen, v.a. weil die einzelnen Gruppen den Erfolg des gemeinsamen Vorgehens im Auge hatten und nicht die genaue Durchsetzung einer eigenen Linie oder das politische Reinheitsgebot. Wichtig für eine Einschätzung hierzulande ist auch, daß die Tute Bianche in der italienischen Öffentlichkeit sehr präsent sind. Bereits vor dem Gipfel haben sie über die Medien eine sehr breite Debatte über die Legitimität ihres defensiv-offensiven Vorgehens geführt, flankiert von einer Umfrage nach dem Vorbild der Zapatisten, ob die Bevölkerung es für gerechtfertigt halte, in die von Polizei und Militär belagerte Rote Zone, wo der Gipfel stattfinden sollte, unter Einsatz legaler Mittel und des eigenen Körpers einzudringen. Gescheitert sind die Tute Bianche diesmal in der Auseinandersetzung mit der Polizei, aber nicht in der Öffentlichkeit, wo sie die Auseinandersetzung nach wie vor mitbestimmen, wie keine linksradikale Gruppe in Deutschland dies in den letzten 20 Jahren vermocht hat. Ein Engpass in der gewählten Route und das Durcheinander in der Aufstellung der Demoblöcke, was automatisch bei einer derartig großen Anzahl beteiligter Gruppen entsteht, haben dazu geführt, daß die Demonstration zwar zeitweise die erste Polizeisperre durchbrechen konnte, den dadurch gewonnenen Raum aber aufgrund des sehr massiven Gegenangriffes nicht lange halten konnte. Doch war zum Zeitpunkt des Todes von Carlo Giuliani, der dann zum definitiven geschlossenen Rückzug führte, noch nicht das letzte Wort gesprochen. Noch am selben Tag tauchten die ersten Meldungen auf, unter den militanten Gruppen im Zentrum seien zahlreiche Provokateure der Polizei am Werk gewesen. Einen Tag später belegten Filmaufnahmen, wie größere Gruppen von Schwarzvermummten aus den Polizeiwachen stürmten und sich aktiv unter die Randale mischten. Nach Einschätzung des Genoa Social Forum, des breiten Bündnisses vor Ort, das die Proteste getragen hat, diente die Polizeirazzia im Independent Media Center und der gegenüber liegenden Schule am Samstag nacht vor allem der Vernichtung von weiterem Beweismaterial, welches die aktive Beteiligung von Zivilpolizisten bei den Krawallen belegte. Immerhin wird der Sachschaden auf über 3 Milliarden Lire geschätzt (zerstört wurden 83 PkWs, 41 Geschäfte, 34 Banken, 16 Tankstellen, 3 öffentliche Gebäude - darunter das Gefängnis, neun Postämter, vier Wohnhäuser etc. Alle Angaben aus La Repubblica com 22. Juli 2001). Nach Angaben des Genoa Social Forum wurden unter den militanten Gruppen auch europäische und italienische Neonazis gesichtet, konkret wird eine

Gruppe von Forza Nuova genannt (il manifesto 24.7.). Auch ein britischer Nazi-Sympathisant berichtet von Einladungen durch italienische Faschisten (http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/9153/1.html) . Andererseits markiert diese Razzia aber auch den Beginn des entfesselten Staatsterrors, der seitdem den GlobalisierungsgegnerInnen in Genua und Umgebung entgegenschlägt und in die Außerkraftsetzung sämtlicher Grundrechte mündete. Vermutlich ist es für die Bewegung politisch gewinnbringender, sich auf diesen Aspekt zu konzentrieren und dagegen zu agieren, als sich von den Meldungen über Provokateure und Nazis verunsichern zu lassen. Erst als die Lage in der Innenstadt sich weitgehend beruhigt hatte, also am Abend nach der großen Demonstration vom Samstag, begann die Polizei mit massiven Festnahmen. Ein beträchtlicher Teil davon fand unter extrem brutalen Bedingungen bei der nächtlichen Razzia statt, die sich wiederum nicht gegen einen Rückzugsort von Militanten richtete, sondern gegen die „Köpfe" der Bewegung, nämlich ihr Medienzentrum und das Headquarter des Genoa Social Forum. Alles deutet darauf hin, daß die Politik der Sicherheitskräfte auf die extreme Eskalation, so wie sie stattgefunden hat, ausgerichtet war. Eine durchschnittliche Einsatzleitung hätte mit polizeitaktischen Mitteln den wenigen tausend Militanten leicht und frühzeitig Einhalt gebieten können, wenn das gewollt gewesen wäre. Immerhin waren in Genua 18 000 Beamte verfügbar, die Sperren hätten errichten können, Straßenzüge räumen etc. Das alles ist jedoch nicht einmal ansatzweise passiert. Eine solche Strategie kann eigentlich nur die Spaltung der Anti-Globalisierungs- Bewegung beabsichtigen. Indem man eine Situation bewußt anheizt und so eskalieren läßt, daß es Tote gibt, der Sachschaden immens ist und die nicht-militanten Teile der Bewegung angesichts der unverhältnismäßigen Repression, die sie erlebt haben, unter Schock stehen, führt man deren dauerhafte Distanzierung vom sogenannten schwarzen Block herbei. Besonders in der Bundesrepublik hat diese Strategie medial offenbar hundertprozentig angeschlagen. Die Sprecher von großen NGOs sehen sich hierzulande offenbar genötigt, sich von den Militanten zu distanzieren. Die deutsche Medienberichterstattung bildet dabei weniger die realen Ereignisse von Genua ab, als daß sie ein altbewährtes Debattenschema reproduziert, das schon mehrmals eingesetzt wurde, um soziale Bewegungen zu diskreditieren: böse Gewalttäter hier, gute Friedfertige dort, die nun von Journalisten möglichst schnell zu ersteren auf Distanz gedrängt werden. Bestes Beispiel ist der Artikel „Gewalt in Weiss" in der Süddeutschen Zeitung vom Wochenende: Hier wurde das Tute Bianche-Konzept, das sich in obiges schwarz-weiss-Schema eben gerade nicht einfügt und u.a. daraus seine politische Brisanz bezieht, mal eben unter völliger Mißachtung der realen Begebenheiten dem Randale-Flügel zugeordnet, nur um das Bewertungsmuster des Autors nicht durcheinanderzubringen. Ganz anders in großen Teilen der italienischen Öffentlichkeit: Dort wurde diesen Spaltungsversuchen offensiv entgegengetreten und die Provokation der Polizei denunziert. Genoa Social Forum- Sprecher Vittorio Agnoletto beispielsweise schätzt die Proteste von Genua trotz des extrem hohen Preises, der mit dem Tod von Carlo Giuliani bezahlt werden mußte, als Erfolg ein. Für ihn steht nicht nur die Oligarchie des G8 auf dem Spiel, sondern es geht bei diesen Auseinandersetzungen auch um konträre Konzepte von Demokratie. Eine Demokratie, die angesichts von Ausreiseverboten, hemmungslosen Prügelorgien der Carabinieri, scharfen Schüssen auf Demonstranten, Folterungen in italienischen Gefängnissen, dem tagelangen Verschwinden von Verhafteten etc. im Rahmen des entfesselten Neoliberalismus offenbar auf südamerikanisches Maß reduziert werden soll. Das Genoa Social Forum setzt auf eine breite Massenbewegung, in der keine Gruppe und keine Aktionsform ausgegrenzt wird, um die illegitime neue Weltordnung und ihre Vorstellungen einer Demokratie der Mächtigen zu bekämpfen und das Recht auf Protest und Widerstand durchzusetzen. Auch wenn die Randale aufgrund der Beteiligung von Provokateuren und Nazis im Nachhinein wenig ruhmreich erscheint, geht es nun darum, sich vom politischen Gegner keine Debatte über die Legitimität von Mitteln des Protests aufzwingen zu lassen. Militanz war schon immer Teil einer jeden größeren sozialen Bewegung und hat auch wesentlichen Anteil an ihrer medialen Wahrnehmbarkeit und ihrem politischen Erfolg oder Mißerfolg gehabt. Auch wenn einige Aktionen mit Sicherheit zu hinterfragen sind, bleibt doch festzuhalten, dass der Sachschaden von Genua in keinem Verhältnis zu dem Elend steht, in dem die Milliarden von Ausgegrenzten weltweit leben. Jetzt ist der Augenblick, in dem sich die politische Integrität der Nichtregierungsorganisationen wie ATTAC u.a., die die Breite der Bewegung ausmachen, erweisen muß - und zwar auch im Verhältnis zu und in der Abhängigkeit von eventuellen Finanziers. Aber auch von Seiten der radikalen Linken sollte der Wille zur Einheit der Bewegung die Abgrenzungsgelüste von „reformistischen Flügeln" im Keim ersticken, denn mittlerweile sollte klar sein, daß auch radikale Strömungen auf eine breite Massenbewegung angewiesen sind, wenn sie wirklich die Verhältnisse angreifen wollen. Die Stärke dieser jungen internationalen Bewegung liegt genau im Aufeinandertreffen verschiedenster Erfahrungen aus verschiedenen nationalen Kontexten, die bei allen Beteiligten althergebrachte Bewertungsmuster in Frage stellen. So geraten z.B. eigene Positionen zur Gewaltfrage ins Wanken, wo friedfertige deutsche Ökoaktivisten bei solchen Treffen neben militanten Waldschützern aus Kanada stehen... Dies bezieht sich sowohl auf taktische Fragen der Auseinandersetzung mit der Repression, als auch auf analytische Fragen. Offene, auf massive Beteiligung ausgerichtete Modelle der Meinungsbildung wie das von den Zapatisten geprägte erlangen darin neue Bedeutung. Großen Respekt haben die italienischen OrganisatorInnen verdient, sowohl die Tute Bianche als auch das Genoa Social Forum, das bis heute geschlossen gegen die Spaltungsversuche Front macht und die eigenen Inhalte nicht aus dem Blick verliert. Hier könnten deutsche Aktivistinnen einiges lernen, auch was Diskussionskultur anbelangt. Diskutiert werden müßte, wie eine offene und trotzdem zuverlässige Informationsstruktur geschaffen werden kann (die beispielsweise Beiträge von Polizei und Nazis im Netz rechtzeitig enttarnt). Die Entscheidungsstruktur des Genoa Social Forum, ein morgendliches Delegiertentreffen und allabendliches Plenum zur Mitteilung der Ergebnisse, hat sich für die Tage vor dem Gipfel als tauglich erwiesen, wurde dann aber durch den Riot außer Kraft gesetzt. Vor allem hätte der gemeinsame Rückzug aus der Stadt von vorneherein besser organisiert werden können, damit die Letzten nicht die Hunde beißen. Im Carlini-Stadion hat das ansatzweise funktioniert, dort reiste die große Mehrheit, u.a. aufgrund von Lautsprecherdurchsagen, noch am Samstag abend ab. Doch hätten hier Erfahrungen auch an andere Spektren der Bewegung vermittelt werden können. Gruppe "Gemeinsam sind wir stark" 26.07.2001 Gemeinsam sind wir stark

* SOLIDARITÄT * SOLIDARITÄT * SOLIDARITÄT *

GÖTEBORG 2001

Seit den Protesten im Rahmen des EU-Gipfels in Göteborg sitzen noch immer vier Globalisierungsgegner aus Berlin und Brandenburg im Knast. Die schwedische Justiz untersagt den Kontakt zwischen den Gefangenen und behindert die Kommunikation mit Freunden und Angehörigen. Für Anwaltskosten, teure Besuche, materielle Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit brauchen wir dringend Unterstützung. Spendet Geld!

SPENDENKONTO-GBG 2001:
Rote Hilfe e. V.
Konto-Nr: 71 89 59 06 00
Berliner Bank * BLZ 100 200 00
Sichwort „Göteborg"

* SOLIDARITÄT * SOLIDARITÄT * SOLIDARITÄT *

Dokumentation
Autonome zelle ulrike meinhof

„Vom 19.-22.juli 2001 findet in genua (italien) der weltwirtschafts(g-8)gipfel statt. Im rahmen der mobilisierung gegen dieses symboltreffen neoliberaler politik haben wir in der nacht zum 03.07.01 bei folgenden geldinstituten die ec-bankcardautomaten mit hilfe von brandsätzen vorerst „geschäftsunfähig" gemacht: deutsche bank in hamburg eimsbüttel in der osterstrasse und deutsche bank in hamburg eidelstedt alte elbgaustrasse. Außerdem fackelten wir in der isestrasse im stadtteil eppendorf eine luxuslimousine der marke mercedes-benz ab.

Den reichen das fürchten lehren!

Ein antirassistischer ansatz steht im mittelpunkt des kampfes gegen das g-8 treffen. Der kampf gegen die mauern der festung europa wird in den kontext antikapitalistischer bewegung gerückt.

Ein antirassistischer ansatz:

Ist hier in der bundesrepublik deutschland zwischen dem gefasel von „deutscher leitkultur" und „integrationswilligen arbeits-, und somit für das kapital, für die konzerne, nützliche fähige ausländer", eher selten auszumachen, wenngleich sich innerhalb der linksradikalen bewegung eine stärker werdende kontinuität bei projekten wie z.B. die der „lufthansa" oder gegen die „residenzpflicht" und/oder die „grenzcamps" abzeichnet. Solche kampagne bedarf eines langen atems, aber am beispiel der „lufthansa"-kampagne zeigt sich (wenngleich die abschiebemaschinerie auch weiterhin sogut wie reibungslos funktioniert) ein erster erfolg ab. Spätestens bei der letzten aktionärrsversammlung von lufthansa war der gelbe kranich in puncto „das geschäft mit der abschiebung" kurz vor der bruchlandung. Am 26.06.01 ging lufthansa dann auch noch „offline im online" dank der kommunikationsguerilla. Im dezember letzten jahres demonstrierten in frankfurt rhein/main flughafenterminal (dieser flughafen ist in puzncto abschiebemaschinerie einer der größten in der brd) ca. 500 menschen gegen die dort täglich praktizierte internierung und abschiebung von flüchtlingen und migrantInnen. Ende mai 2001 befestigten dann 300 leute eine gedenktafel, die an die vielen unzähligen opfer der abschiebepolitik erinnert. (beteiligt euch mit vielfältigen aktionen an dem frankfurter flughafencamp ende juli!)

Dass auch militante aktionsformen hier ihren platz finden, zeigt ja auch die gelungene aktion der genossInnen, die im märz 2000 ein auto einer amtsärztin und einen bus der lufthansa abfackelten und zudem den wohnsitz vom vorstandsvorsitzenden der lh, jürgen weber, mit steinen und farbflaschen angriffen.

Und in italien?

Die sozialen bewegungen in italien haben in den letzten jahren eine beeindruckende kämpferische internationalistische praxis entwickelt. Ob in amsterdam, prag, davos oder in neapel, wo an die 30.000 (!) menschen gegen eine it-fachtagung des „global forums" demonstrierten und es heftige straßenkämpfe mit den bulleneinheiten rund um das tagungsgebäude gab, um die genossInnen aus dem ya basta bündnis organisieren sich auch zunahmend migrantInnen in den kämpfen. Im sommer letzten jahres belagerten hunderte den marktplatz von brescia über mehrere wochen und forderten aufenthaltspapiere. Von dort aus zog eine karawane über mailand, genua bis nach rom. Auch ein abschiebeknast („via corelli") mußte nach heftigen protesten geschlossen werden.

Im kontext antikapitalistischer bewegung:

Durch die geschichte der deutschen bank zieht sich die blutspur zweier weltkriege und millionenfacher ausbeutung und in dieser kontinuitä regieren hier die banken, die konzerne, die eliten, das kapital!

Deutsche bank, das ist quer durch europa und in weiten teilen der welt zum symbol für die macht und herrschaft geworden, die überall frontal mit den fundamentalen interessen der menschen nach einem leben in würde und selbstbestimmung zusammenstößt. Die menschen, allen voran die des trikont und der 3. Welt sollen sich dem diktat und der logik kapitalistischer ausbeutung durch die konzerne und banken hier, im herzen der vollgefressenen, aufgedunsenen bestie unterwerfen. Es ist weltweit eine destruktive entwicklung, die der kapitalismus zur sicherung seiner profit- und machtpositionen produziert: völkermord, hunger, erniedrigung, existenzunsicherheit und umfassende zerstörung von mensch und natur schafft eine im kern einheitliche situation, die überall existentielle dimension angenommen hat, nirgends können die menschen wirklich nach ihren eigenen vorstellungen und werten leben.

Dagegen, gegen dieses machtgefüge, gegen die eliten gilt es widerstand zu leisten. Ob in genua beim g-8 gipfel oder sonstwo auf der welt. Der genosse holger meins schrieb in einem seiner letzten briefe: „menschen, die sich weigern den kampf zu beenden – sie gewinnen entweder oder sie sterben, anstatt zu verlieren und zu sterben."

In diesem sinne:

- ***den g-8 gipfel in genua angreifen und stören***
- ***alle tage sabotage***
- ***freiheit für die gefangenen aus der raf und dem antiimperialistischen widerstand!***
- ***Solidarität mit den kämpfenden revolutionären gefangenen in der türkei***

Autonome zelle „in gedenken an ulrike meinhof" (ulrike meinhof wurde vom deutschen staat uin stuttgart-stammheim ermordet.)"

Brechmittelvergabe

Anfang Juli 01 hat der Hamburger Senat, vertreten durch den Wrocklagenachfolger Olaf Scholz, ein neues Handlungskonzept für die Bekämpfung der Drogenszene am Hauptbahnhof veröffentlicht. Das Feindbild ist klar: der Dealer, insbesondere der sogenannte Intensivdealer, soll weg. Begleitet wurde die Vorstellung des neuen Konzepts durch tagelange verstärkte Razzien und medienwirksame Präsentationen von Klein- und Kleinstmengen beschlagnahmter Substanzen.

Im neuen Konzept, mit dem Scholz sich als Hardliner zu präsentieren und der SPD einen Wahlkampfschub zu verschaffen versucht, wird auf eine ganze Palette der Repression zugegriffen. Konform mit den seit langem geäußerten Forderungen der CDU sieht die Strategie eine Verstärkung der polizeilichen Präsenz, u.a. durch die Übernahme von BGS-Beamten in den Polizeidienst, eine neue Sicherheitswache am Fischerturm, geschlossene Unterbringung für sogenannte „Intensivdealer", Durchsetzung der Residenzpflicht und die Ausweitung des Einflußbereiches privater Sicherheitsdienste durch die Übertragung der Verfügungsgewalt über weite Teile des Hachmannplatzes an die Bahn-AG vor. Einen drastischen Umschwung vollzieht der Senat aber insbesondere mit der Praxis der Brechmittelvergabe, die mit sofortiger Wirkung in Hamburg eingeführt werden soll. Dabei wird den Betroffenen ein Medikament verabreicht, das einen starken Brechreiz auslöst. Der Mensch kotzt und im Erbrochenen wird dann nach Beweisstücken wie Kokainkügelchen etc. gestochert. Diese Praxis ist gefährlich, entwürdigend, gesundheitsschädlich und – so zeigen auch die Erfahrungen aus anderen Städten – im wesentlichen eine Schikanemaßnahme gegen mißliebige Personen, eingesetzt vorwiegend nach rassistischen Maßstäben.

Nur am Rande: noch im Februar diesen Jahres lehnte die Justizbehörde Brechmittelvergabe in einer Pressemitteilung ab, die dort als „eine Art ‚Sofortstrafe'" bezeichnet wurden. Von dieser Offenheit war in der Präsentation des Konzeptes jetzt nichts mehr zu vernehmen, allerdings wurde in bewährter sozialdemokratischer Manier schon in der Zusammensetzung des Podiums bei der Pressekonferenz die enge Verkettung von Ordnungs- und Sozialpolitik deutlich gemacht: alle zuständigen SenatorInnen waren da, zusätzlich noch diverse VertreterInnen von (drogenpolitisch bestimmt enorm beschlagenen) Institutionen wie der Bahn-AG... Die sozialdemokratische Handschrift des Konzeptes ist auch an den diversen beschönigenden Formulierungen zu erkennen: statt von geschlossener Unterbringung für des Dealens verdächtigte Jugendliche ist da von Einrichtungen „mit hoher Betreuungsdichte" die Rede. Das Abendblatt weiß jedenfalls am 27.7. schon ganz genau, daß eine geschlossene Unterbringung angestrebt wird. Aber schließlich ist alles immer eine Frage der Bezeichnung – und des entsprechenden Handels. Die Einbindung der Sozialarbeit in das Handlungskonzept nämlich wird jenseits gemeinsamer Arbeitsgruppen durch das Versprechen eines Angebots für CrackkonsumentInnen in St. Georg und einen zweiten Druckraum geleistet Und die weit überwiegende Stimmung von Medien, Politik und BewohnerInnen, von wenigen kritischen Stimmen abgesehen, läßt sich prägnant in der Aussage eines im Abendblatt vom 27.7.01 zitierten Mitglieds des Bürgervereins St. Georg zusammenfassen: „Schließlich haben die Dealer ja auch lange genug unsere Menschenwürde missachtet." Alles in allem ein gelungener Deal.

Brechmittel als Instrument der polizeilichen Beweissicherung.

Der folgende, aus Platzgründen stark gekürzte Text ist dem Buch „Forschungsstelle Flucht und Migration (Hrsg.)/ Antirassismusbüro Bremen 1997: „Sie behandeln uns wie Tiere": Rassismus bei Polizei und Justiz in Deutschland". (S. 229-279) zur Praxis der Brechmittelvergabe in Bremen und Hessen entnommen. Er beschreibt die Folgen des angeblich so harmlosen Brechmittels Ipecacuanha, das auch in Hamburg zum Einsatz kommen soll, und macht die gezielte Schikanierung der Betroffenen durch die Brechmittelvergabe deutlich. Die Zusammenfassung ist als Anregung zum Weiterlesen gedacht. Der Originaltext enthält detaillierte Schilderungen von Betroffenen über ihre Erlebnisse mit der Bremer Vergabepraxis und ermöglicht Einblicke in die Argumentationslinien von Senat, Medizin, Staatsanwaltschaft und Polizei in Bremen.

Seit Anfang der 90er Jahre werden in verschiedenen Bundesländern von der Polizei Brechmittel (Emetika) eingesetzt, um das Auskotzen von tatsächlich oder angeblich verschluckten Drogenpäckchen zu erzwingen. Betroffen von der Maßnahme sind Menschen, die beschuldigt werden, als Kleinstdealer im Drogen-Straßenhandel aufzutreten. Ein Teil dieser Kleinstdealer verschluckt beim Eintreffen der Polizei die im Mund befindlichen Drogenpäckchen, um so deren Beschlagnahme zu verhindern. Das offiziell als Exkorporation bezeichnete Zwangserbrechen wird fast ausschließlich gegen Menschen aus Nord- und Westafrika eingesetzt.

Die polizeiliche Brechmittelvergabe geriet nach einer Pressemitteilung des Anti-Rassismus-Büros (ARAB) im März 1995 bundesweit in die Schlagzeilen.

Das Standardbrechmittel für polizeiliche Zwecke ist „***Ipecacuanha***", ein als Sirup aufbereiteter Kaktuswurzelextrakt. Weigern sich die Betroffenen den Sirup zu trinken, wird er mittels einer Nasen-Magensonde zwangsverabreicht.

Entgegen der landläufigen Meinung, Ipecacuanha sei völlig harmlos, ruft es als Nebenwirkungen regelmäßig langanhaltendes Erbrechen, Durchfall, Benommenheit und Fieber hervor. Der Flüssigkeitsverlust kann zu Kreislaufschwächen und in gravierenden Fällen auch zu lebensbedrohlichen Zuständen führen. Herzschädigende Nebenwirkungen können sich ergeben, wenn nicht oder nicht schnell genug erbrochen wird und dadurch größere Mengen der Wirkstoffe im Körper verbleiben. Hinzu kommen die grundsätzlichen Komplikationsrisiken des (Zwangs-)Erbrechens. Heftiges Erbrechen kann Verletzungen der Schleimhaut in Magen und Speiseröhre hervorrufen, mit inneren Blutungen variabler Intensität als Folge. In der Literatur ist auch die Ausbildung von Rissen in Magen und Speiseröhre als Komplikation beschrieben. Eine potentiell lebensgefährliche Komplikation des (Zwangs-)Erbrechens ist die sogenannte Aspirationspneumonie. Dabei handelt es sich um eine Lungenentzündung, die auftritt, wenn Erbrochenes durch Einatmen in die Lunge gelangt.

Brechmittel werden in Bremen seit Ende 1991 eingesetzt. Während der Recherche zur Brechmittelvergabe Anfang 1995 wurde ziemlich schnell klar, daß von der Quälerei des Zwangserbrechens – fast – nur Menschen mit schwarzer Hautfarbe betroffen sind. Das Brechmittel Ipecacuanha wurde also zu einem beliebten und selektiv eingesetzten Instrument der Bremer Drogenfahndung. Mit der Anordnung von Exkorporationen waren die Beamten schnell bei der Hand. Es reichte, daß Schwarze beim Eintreffen der Polizei nur aus einer Cola-Dose tranken, um sofort zum Polizeiarzt geschleppt zu werden. Oder, daß sie wartend an einer Straßenbahnhaltestelle standen und die Beamten bei der sich nahezu zwingend anschließenden körperlichen Durchsuchung nichts fanden. Denn dann, so die Drogenfahnderlogik, mußten die Drogen eben verschluckt worden sein.

Die Einschätzung, daß mit Brechmitteln schikaniert und gequält wird, ergibt sich unmittelbar aus den Schilderungen der Betroffenen. Sie berichten von Schlägen, Drohungen, Beleidigungen, Beschimpfungen und regelrechtem Psychoterror.

Brechmittelvergabe in Hessen: Bevor in Frankfurt/ Main mit der Vergabe von Brechmitteln begonnen wurde, gab man den Beschuldigten Abführmittel und setzte sie auf die Toilette. Dabei wurden sie mit Handschellen festgekettet, so daß sie mehrere Stunden lang nicht aufstehen konnten.

Im Dezember 1993 begann die Polizei in Frankfurt/ Main schließlich mit der Vergabe von Brechmitteln. Prinzipiell lebensgefährlich war die Frankfurter Praxis, Apomorphin und Ipecacuanha in kurzer Folge zu verabreichen. [Nach einer kurzfristigen medialen Empörung und der Sanktionierung der nacheinander erfolgten Verabreichung dieser beiden Stoffe durch das LG Frankfurt wurde die Vergabe in Frankfurt zunächst eingestellt. Am 17.8.95 wurde die Vergabe wieder aufgenommen]. Danach sollte in Frankfurt Ipecacuanha zum Einsatz kommen, nötigenfalls zwangseingeflößt mit einer Nasensonde.

Das propagandistische Geschrei hat mit kriminalistischen und drogenpolitischen Realitäten bzw. Konzepten nichts zu tun. Denn weder die durch das Zwangserbrechen sichergestellten geringen Drogenmengen, noch der damit verbundene Gewinn an Beweiskraft in einem möglichen Strafverfahren sind von praktischer Relevanz. Und an dem Komplex Drogenhandel und Drogenkonsum ändert die Maßnahme überhaupt nichts. Es geht statt dessen um etwas ganz anderes. Zum einen darum, der Polizei, die ein „Problem" bei der Aufdeckung bestimmter Gesetzesverstöße hat, ein Instrument zur „Lösung" des Problems an die Hand zu geben. Von im Strafrecht mitunter üblichen Verhältnismäßigkeitserwägungen oder gar etwaigen humanitären Gesichtspunkten haben sich die ProtagonistInnen der Brechmittelvergabe längst verabschiedet. Hinter dieser steckt die pure, von allem Beiwerk befreite Logik der Strafverfolgung um jeden Preis. Das zweite Ziel der Exkorporationen ist es, gegen eine Gruppe von Personen, die ganz unten in der gesellschaftlichen Hierarchie steht, einen politisch gewollten und an rassistischen Kriterien orientierten Terror zu entfalten. Die polizeiliche Brechmittelvergabe ist damit Bestandteil einer Entwicklung, in deren Rahmen elementare Grundrechte ***bestimmter*** Menschengruppen immer weiter eingeschränkt bzw. regelrecht suspendiert werden.

Massenmediale Bilder des Drogendealers und ihr Gebrauch im Alltag

Der folgende Artikel ist eine von der ZECK-Redaktion gekürtzte Version eines längeren Beitrags des Kriminologen Johannes Stehr und dem sehr empfehlenswerten Buch von Bettina Paul/ Henning Schmidt-Semisch (Hrsg.): „Drogendealer. Ansichten eines verrufenen Gewerbes.". (S. 95-108)entnommen. Im Zusammenhang mit der jetzt in Hamburg beschlossenen Brechmittelvergabe zur sog. „Dealerbekämpfung" beschreibt Stehr unser Auffassung nach präzise einen Hintergrund der öffentlichen Dealerhetze, nämlich der rassistisch motivierte Ausschluß von Flüchtlingen unter dem Vorwand der Bekämpfung der offenen Drogenszene.Und weil dies eine Zeitung und keine akademische Unternehmung ist, sind Auslassungen nicht erkennbar gemacht. Fußnoten und Literatur sind auch ersatzlos gestrichen und müssen bei Interesse im Originaltext nachgelesen werden.
Die Redaktion

Wenn die öffentliche und private Rede auf Drogendealer zu sprechen kommt, dann wird damit nicht nur der Blick auf den Handel mit verbotenen Drogen eingeengt, sondern es erscheint eine andere, fremde und gefährliche Welt, die sich ihren Weg in die eigene, bisher sichere und geordnete Welt bahnt. Der Drogendealer steht für das gefährliche Fremde, das von außen kommend in das eigene Territorium eindringt, um es zu „übernehmen". Der gesellschaftliche Diskurs hat mit dem Begriff des Drogendealers ein öffentlich verfügbares Feindbild und Unwerturteil geschaffen, das geeignet ist, das „Fremde" zu diskreditieren und die Ausschließung von Fremden zu legitimieren. Dealer –so weiß es bereits jedes Kind (wenn es als „Schreckenskind" nicht selbst zu ihnen gehört) – sind durch und durch böse; sie sind skrupellos, weil sie für schnelles Geld über Leichen gehen, weil sie für das eigene, begrenzte Vergnügen das leben anderer zu ruinieren bereit sind. Dieses hegemonial gewordene Stereotyp hat eine eigene Geschichte hinter sich: Es ist die Geschichte eines sich wandelnden Schreckensbildes, mit dem die verschiedensten gesellschaftlichen Institutionen Politik betrieben haben und noch immer betreiben. Im Anschluß an eine Skizze der verschiedenen, im öffentlichen Diskurs hergestellten Bilder des Drogendealers soll an dieser Stelle der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung die Figur des Dealers für ein Publikum hat, das sich selbst als anständig und rechtschaffen definiert und keine Erfahrung mit illegalen Drogen besitzt. Dealer-Bilder erfüllen für dieses Publikum wichtige soziale Funktionen. Diese ergeben sich nicht einfach aus der Drogenberichterstattung, sondern erwachsen daraus, daß es die medialen Bilder in den Kontext seiner eigenen Probleme und Konflikte stellen und ihnen somit einen alltäglichen Gebrauchswert zuschreiben kann.

Bilder von Drogendealern sind dem breiten Publikum im Rahmen von Drogen-Paniken durch die Massenmedien verfügbar gemacht worden. Der Dealer ist dabei eine Figur, die parallel zum sogenannten Drogenkonsumenten entwickelt wurde: Die Entwicklung und Verwendung beider Figuren geschieht im rahmen eines "„morality plays"" das dem binären Muster von gut und böse, von Täter und Opfer, Verführen und Verführten folgt. Diese binäre Kodierung bedeutet keine Einengung oder Zuspitzung der öffentlichen Moralisierung auf Dealer, wohl aber geht mit ihr eine Aufspaltung der Moralisierung einher: Die Medien entwickeln in diesem Zusammenhang ein „Moralisierungskartell", das die Objekte der Moralisierung einem strafenden und einem „normalisierenden" Kontrollbereich zuweist. Das Thema illegale Drogen wird gespalten angegangen: „Konsumenten" gelten in der Regel als krank und hilfebedürftig, „Händler" dagegen verdienen als „Folk-Devils" härteste Strafen. Zum Inbegriff des Bösen konnten Dealer nur durch die gleichzeitige Vorführung einer komplementären Opfer-Kategorie werden: Die Konsumenten als unschuldige Opfer mögen zwar willensschwach, undiszipliniert und daher für Verführungen anfällig sein, jedoch die eigentlich Bösen sind die Dealer: Von Moral unbelastet gehen sie nur ihrem eigenen Vorteil nach.

Der massenmediale Diskurs über Drogendealer in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit beginnt etwa Mitte der 60er Jahre. Dies ist zugleich die Zeit, in der Wirtschaft und Politik Ausländer als „Gastarbeiter" anwerben. Während die Anwerbepolitik überwiegend mediale Unterstützung erfährt, erfolgt gleichzeitig über die beginnende Drogenberichterstattung – die sich maßgeblich auf die Polizei beziehen kann – die Rahmung eines Gegendiskurses des „gefährlichen Fremden": Gastarbeiter werden in diesem Kontext als Dealer konstruiert, die sich dem Drogenhandel als Nebenverdienst widmen und ihren Urlaub in der Heimat dazu nutzen, Marihuana in die Bundesrepublik zu schmuggeln. Dieses frühe Dealer-Bild zeichnet Fremde als „exotische Verführer", die es vornehmlich auf junge deutsche Frauen abgesehen haben. Neben (spanischen und nordafrikanischen) Gastarbeitern werden ausländische Studenten, Touristen und farbige Angehörige der in der Bundesrepublik stationierten US-Truppen als Drogenhändler vorgeführt.

Die frühen medialen Drogen-Paniken müssen das Bild der gefährlichen Fremden, der „Geschäftsleute ohne Gnade", die in der BRD nach Opfern suchen, erst entwerfen. Dazu verweisen sie auf die fremden Sitten und Gebräuche im exotischen Ausland: auf die chinesischen Opiumhöhlen, auf von Drogenhändlern bevölkerte Teehäuser in Tanger und auf den Drogenschmuggel von Beduinen im Nahen Osten. Das Fremde wird auf diese Weise unheimlich gemacht und Gäste aus dem (fernen) Ausland werden unter Verdacht gestellt. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre ist die Drogenberichterstattung zum festen Bestandteil der Kriminalitätsberichterstattung geworden. Die ausgerufene Bedrohung durch Kriminalitätswellen umfaßt auch den Drogenhandel. Mit der Verdichtung von Kriminalität und Drogen verändert sich auch das Dealer-Bild: Aus Gelegenheitsschmugglern und Touristen, die einem lukrativen Nebenerwerb nachgehen, werden „skrupellose Geschäftemacher" und „Profi-Händler", die verstärkt „Mafia-Methoden" anwenden, vor Gewalt nicht zurückschrecken und sich auch einheimischer „Gangster" bedienen. Die Bedrohungs- und Bedeutungsspirale wird medial angedreht und der Drogenhandel als ein Betätigungsfeld von „Berufsverbrechern" dargestellt, die mit brutalsten Mitteln versuchen, die Droge abzusetzen. Dealer werden für den „massenhaften Drogentod" verantwortlich gemacht. Nachdem ab Mitte der 70er Jahre die Politik einen Anwerbestopp für Gastarbeiter verhängt und eine offensive „Rückkehrpolitik" betreibt, wird das Dealer-Bild wieder schärfer konturiert: „Ausländische Kriminelle" im Ausland und „kriminelle Ausländer" im Inland werden als Dealer vorgeführt, die Produktion und Vertrieb von Drogen gemeinsam organisieren, sich gegenseitig vor Strafverfolgung schützen und so den Markt ausweiten. Die Ende der 70er Jahre ausgerufene Heroin-Krise stellt vornehmlich die türkischen Gastarbeiter unter Verdacht. Ganze Familien werden den Medien zufolge in den Schmuggel eingebunden, so daß selbst „eine junge Mutter (..) mit einem sechs Monate alten Baby und einem Vorrat Pampers", die aus dem Ausland einreist, nicht mehr unverdächtig ist. Die ehemals willkommenen Gäste avancie-

ren zum Feindbild Nr. 1. Im STERN von 1979 (Nr. 43) ist ein Diskussionsbeitrag des Journalisten und späteren Kabarettisten Henning Venske – „betroffen als Vater und Staatsbürger" – abgedruckt, der dafür plädiert, den staatlichen Repressionsapparat von der RAF weg und auf die Dealer zu lenken: „Jagt lieber Dealer statt Terroristen!". War der Dealer bisher ein Verführer, der sich immerhin bemühen mußte, individuellen Kontakt aufzunehmen und Nähe zu seinen jeweiligen Opfern herzustellen (was seine Verführungskapazitäten deutlich begrenzte), so wird er zum Ende der 70er Jahre zum Mörder, der die Macht besitzt, allein durch seinen Grenzübertritt die Zukunft der bundesrepublikanischen Gesellschaft in frage zu stellen.

In den 80er Jahren wird das Mafia-Motiv stärker hervorgehoben, und über den Begriff des „Organisierten Verbrechens" finden weitere Verdichtungen statt: Der Drogenhandel konkurriert nicht mehr mit Terrorismus, gewalt und anderer „schwerer Kriminalität", er fusioniert zur Hydra des „organisierten Verbrechens". Der Dealer ist nicht mehr allein, er ist kein Einzeltäter mehr, sondern Teil der „Mafia". Bedrohlich macht ihn nun vor allem die Loyalität zu seiner Gruppe: Er ist als „Ausländer" nur mit Seinesgleichen solidarisch und verbündet sich gegen die Einheimischen zu um so wirkungsvolleren Beutezügen. Ein weiteres Moment des Mafia-Motivs kommt hinzu: Einheimische sind nicht nur Beute, sie werden auch für das „organisierte Verbrechen" instrumentalisiert: Die „Mafia" besitzt die Möglichkeit und den Willen, daß Experten-Personal der eigenen Institutionen zu korrumpieren; Korruption in den eigenen Reihen (von der Polizei bis zur Politik) läßt jetzt die Grundpfeiler der Ordnung wackeln. Damit sind auch die eigenen Institutionen nicht mehr vertrauenswürdig – sie sind nicht mehr sicher, sie sind „fremder" geworden.

Die massenmedial inszenierten Drogen-Paniken und die moralisierende Thematisierung des „Drogenproblems" haben aus der Droge ein Symbol werden lassen, das geeignet ist, soziale Ängste zu artikulieren. Die (illegale) Droge ist zu einem Symbol der Verunreinigung geworden, zu einem „Ding am falschen Platz". Sie symbolisiert die Gefahren, die dem physischen Körper zustoßen können, und übersetzt diese Furcht in doe soziale und kulturelle Dimension: Drogen symbolisieren das „gefährliche Fremde", das von außen in das sichere Eigene eindringt, um es zu verunreinigen und langsam, aber sicher zu zerstören. Die (illegale) Droge ist ein verdichtendes Symbol für die Invasion durch eine fremde Macht, den Verlust der eigenen Körperkontrolle und die „Übernahme" der Kontrolle durch die fremden, dämonischen Mächte. In der Figur des Drogendealers konkretisiert sich die Bedrohung. Der Dealer ist ein Fremder, der (versteckt und verkleidet) in das eigene Territorium eindringt, der sich verstellt, um die einheimischen Bewohner zu verführen und zu versklaven, der sie auch heimtückisch überwältigt, korrumpiert und so von innen heraus zerstört. Der Drogen-Diskurs ist ein paradigmatischer Gefahren-Diskurs. Er definiert (vermeintliche) Bedrohungen und Gefährdungen als von außen kommend, er entlastet von eigener unmittelbarer Verantwortlichkeit und belastet „andere", die außerhalb des moralischen Universums gestellt werden. Der Drogenschmuggler und Drogenhändler ist nicht bedrohlich, weil er von den Normen der Gesellschaft abweicht, er ist gefährlich, weil er „fremd", weil er nicht Teil der „moralischen Gemeinschaft" ist. Als Fremder ist er Teil einer anderen Kultur, seine Ökonomie ist räuberisch und parasitär. Schutz gegen die Gefahren des Fremden bietet vor allem die Kontaktvermeidung, d.h. die Meidung der Orte, an denen sich „gefährliche Fremde" aufhalten und die (vorbeugende) Kontrolle der Grenzen. Der Schutz wird problematischer, wenn die gefährlichen Fremden die Gemeinschaft bereits unterwandert haben und von innen heraus versuchen, die Ordnung zu zerstören. Wenn sie als Fremde nicht mehr erkennbar sind: Wem ist dann überhaupt noch zu trauen?

Welches Interesse hat das Publikum an dieser Art der Panikmache und an einer Dämonen-Figur, die so ganz außerhalb der eigenen Erfahrungswelt existiert? Die Drogenberichterstattung (ebenso wie alle anderen kulturindustriellen Produkte, die Drogendealer vorführen) bietet eine Reihe gefährlicher Situationen an, die Ausgangsounkt für die Bearbeitung der eigenen alltäglichen Ängste und Unsicherheiten des Publikums sein können. Das Publikum ist nicht so sehr a, Drama von Schuld und Sühne, von Kriminalität und Strafe interessiert, sondern es investiert seine Phantasien in die Gefahren-Situationen und den Umgang mit ihnen. Die Dealer-Figur und die mit ihr verbundenen Gefährdungen bieten vielfältige Möglichkeiten, unsichere und unbestimmte Situationen, in denen sich das Publikum jeweils selbst befindet, auf eine Weise zu bearbeiten, die klassifikatorische und moralische Sicherheit erzeugt. Es leistet eine komplexe Rezeptionsarbeit, welche die eigene Lebenssituation mit den Medienbotschaften verbindet, eigene Unsicherheiten, Ängste und Befürchtungen in den Bildern und Szenen der Massenmedien artikuliert und sie gleichzeitig für den eigenen unmittelbaren Alltag relevant macht.
Das Hauptproblem, das dabei bewältigt werden muß, besteht darin, die Diskrepanz zwischen Medienwelt und Alltagserfahrung zu bearbeiten und die medialen Figuren und Szenen in die konkrete Lebenswelt zu übersetzen. Eine Form dieser Diskrepanz-Bearbeitung sind Geschichten, die als wahre Begebenheit kolportiert werden, tatsächlich aber die Gefahren-Figuren und -Szenen der Medien in Alltagssituationen stellen, die auf diese Weise eine „sagenhafte" Qualität gewinnen. Geschichten dieser Art werden von der Volkskunde als „moderne Sagen" (urban legends) bezeichnet. Ich interpretiere sie als eine originelle Form, die Medienwelt für den eigenen Alltag relevant zu machen, als Produkt einer aktiven und komplexen Rezeptionssituation, in der es dem Publikum in der Auseinandersetzung mit den Medien gelingt, sich die symbolischen Ressourcen des öffentlichen Diskurses anzueignen und für den eigenen, privaten Moral-Diskurs zu verwenden.

Der Prozeß der Transformation der symbolischen Ressourcen des Medien-Diskurses ist prinzipiell riskant und wird daher vom jeweiligen Erzählpublikum über verschiedene Strategien angesichert. Die Symbolarbeit, die mit dem Erfinden und Erzählen moderner Sagen geleistet wird, wird dadurch verdeckt, daß die Erzähler versuchen, die Geschichte in der unmittelbaren Lebenswelt des Erzählpublikums zu verorten und sie als wahres Erlebnis einer dritten Person zu behaupten. Moderne Sagen werden erzählt als Geschichten zweiter oder dritter Hand, die mitgeteilten Ereignisse zusätzlich über diverse Erzählstrategien plausibilisiert und beglaubigt. Sie schließen an ein gemeinsames Vorwissen, an bereits geteilte Bewertungen und an einen gemeinsamen Erfahrungs- und Problemhintergrund an. Die Erzählsituation ähnelt der Situation des Klatschs, der moralischen Bewertung einer abwesenden Person oder eines „Falls" vor einem Publikum. Da die Geschichten nicht auf den eigenen, unmittelbaren Erfahrungen des Erzählpublikums beruhen, sondern an Medienbotschaften anschließen, stellt sich die Frage, welche konkrete Symbolarbeit das Publikum am Mythos Droge leistet, welche Phantasien es entwickelt und welche mit der Droge verbundenen Gefahren-Situationen bearbeitet werden. Folgende Publikumstätigkeit läßt sich festhalten: Phantasiert werden erstens die Wirkungen der illegalen Drogen als Situation der Verkehrung und Verwechslung, wobei besonders das medial präsentierte Motiv vertieft wird, daß unter dem Einfluß von Drogen „alles möglich ist" (das betrifft insbesondere die Wirkung des LSD-Konsums); zweitens die Situation der Verführung durch den Dealer, drittens die Situation des Schmuggelns, die aus dem Moment der Tarnung und der Aufdeckung besteht, und schließlich viertens die Situation des Überfalls, der plötzlichen, unvorhergesehenen Überwältigung und Bemächtigung durch andere, durch die die eigenen Handlungsroutinen jäh durchbrochen werden. Die Drogen-Geschichten unter den modernen Sagen thematisieren überwiegend diese Gefahren-

Situationen; sie konzentrieren sich auf den oben beschriebenen Aspekt der Verunreinigung, des gefährlichen Kontaktes mit einer gefährlichen Substanz und/ oder einer gefährlichen Person. Das Anliegen des Publikums besteht in der Vermeidung von Gefahren, die durch Anstand und Alltagsklugheit, durch Moral und Kompetenz erreicht werden kann. Der Drogendealer als Protagonist der Geschichten symbolisiert nicht die Unmoral oder Normabweichung, er ist ein Wesen, das gefährlich ist durch die fremde Welt, in der er sich aufhält. Diese fremde Welt gilt es zu meiden und von sich fern zu halten. Formen des Gebrauchs von Bildern sind nicht über Geschichten-Texte allein rekonstruierbar; dazu werden Daten zur Erzählsituation und zum Erzählpublikum benötigt Die jeweiligen Gebrauchsformen entstehen durch unterschiedliche „Arbeits- oder Interaktionsbündnisse", die von den Anwesenden in einer Erzählsituation eingegangen werden und die die Rezeptionssituation mit der medial produzierten Botschaft verbinden. Jede erzählte Geschichte ist ein Angebot zur Bildung von Interaktionsbündnissen, über die Bedeutungen und Situationsdefinitionen an einem konkreten Fall ausgehandelt werden. Drogendealer finden in den modernen Sagen vor allem drei Verwendungsformen: In der ersten Gebrauchsform wird die Verführungssituation bearbeitet, wobei der Dealer als Schreckfigur fungiert; in der zweiten Geschichtenform und Erzählkonstellation steht die Schmuggelsituation im Zentrum und in der dritten Gefahren-Szene geht es um dien plötzlichen und hinterhältigen Überfall, der von organisierten Dealern, von der Drogen-Mafia betrieben wird.

[Als Beispiele nennt der Autoran dieser Stelle nun -von uns gekürzt- Geschichten (sog urban legends), die vom Hörensagen über Dritte berichtet werden und in denen z.B. Leute ohne ihr Wissen angefixt werden oder Heroin in Kinderleichen geschmuggelt wurde etc. Es bietet sich hier an, Parallelen zu den verschiedenen Legenden im Schanzenviertel über aggressives Andealen, angebliche Anwerbeversuche von Kindern durch (afrikanische) Dealer für Kurierdienste oder massenhafte Spritzenfunde an allen möglichen Orten des Quartiers. zu ziehen]

Der Dealer erfüllt die Funktion der Schreckfigur, die Angst erzeugen und die Protagonisten auf den rechten Weg der gesellschaftlichen Ordnung und Moral „zurückschrecken" soll. Das zielt gegen zuviel und zu frühe Eigenständigkeit, zu große Autonomie und übermäßiges Vergnügen. Mit der Drohung, in die Hände von Dealern zu fallen, werden z.B. Mädchen und junge Frauen davor gewarnt, sich allzu intensiv dem großstädtischen Vergnügen hinzugeben. Einbe verbreitete Geschichte berichtet von Dealern in Diskotheken, die ahnungslosen Mädchen Kokain in die Cola schütten. Eine andere Geschichte bezieht sich auf Dealer, die es besonders auf Kinder abgesehen haben, um sie mit LSD-Klebebildchen „anzuturnen" und abhängig zu machen. Zwei wesentliche Elemente sind in diesen Geschichten immer vorhanden: Der skrupellose Dealer, der die Abhängigkeit zur Maximierung des eigenen Profits herstellen will, und die Annahme einer allein durch den (einmaligen) Kontakt mit der Droge erzeugbaren Abhängigkeit und Sucht. Nur aufgrund dieser Voraussetzungen können die Geschichten ihre angsterzeugende Wirkung entfalten.

Es gibt auch Geschichten, die es nicht bei der Androhung der Drogenabhängigkeit belassen, sondern weitergehende Versklavungen ausmalen. In diesen Geschichten werden die (potentiellen) Opfer zwar auch drogenabhängig gemacht, doch ist ihre Ausbeutung damit nicht beendet: Mädchen und junge Frauen enden in der Prositution, werden Mädchenhändlerringen zugeführt und finden sich auf dem „modernen" Sklavenmarkt wieder.

Die Situation der Verführung und Versklavung und die Situation des Eindringens einer gefährlichen, weil unbekannten Welt, sind Anknüpfungspunkte für soziale Ängste, die über die Projektion von Bildern des „gefährlichen" Fremden bearbeitet werden. Eine etwas anders gelagerte Angst kommt dort zum Vorschein, wenn gemutmaßt wird, daß Fremde bereits die eigenen Institutionen „gewendet" und korrumpiert haben. In den Geschichten, in denen auch den eigenen Institutionen nicht mehr zu trauen ist, werden Analogien zwischen der „Mafia" und dem Kapitalismus hergestellt: Sind nicht beide auf Profitmaximierung aus, lassen nicht beide an Moral zu wünschen übrig, sind nicht beide fremd, die einzelnen Ausländer wie die großen Organisationen, die ihr Hauptquartier nicht im eigenen Land haben, stehen sie nicht beide außerhalb der moralischen Gesellschaft? Auch in den Geschichten, die ein tiefes Mißtrauen in die eigenen Institutionen (und ihre Experten) artikulieren, spielen Drogendealer eine prominente Rolle. Nur: Sie sind nicht mehr allein, sie sind Teil eines Netzwerkes des Bösen, verbunden mit anderen Institutionen, die für das Geschäft und den Profit über Leichen zu gehen bereit sind.

Hier werden umfassende Vertrauenskrisen sichtbar. Die Bemächtigungsgeschichten debattieren institutionelle Veränderungen der modernen kapitalistischen Gesellschaft, und sie eröffnen einem von diesem Veränderungen betroffenen und verunsicherten Publikum Wege der Gefahrenvermeidung, z.B. durch die gemeinsame Erzeugung von Selbstvertrauen in die eigenen Problemlösungskompetenzen.

Hinter all diesen Geschichten über Drogendealer verbergen sich also ganz andere Ängste und Unsicherheiten, die Erzähler und Erzählerinnen bewegen. Das breite Medienpublikum, das keine Erfahrung mit illegalen Drogen besitzt, läßt die angebotenen symbolischen Ressourcen des Drogen-Diskurses nicht einfach ungenutzt liegen. Es gebraucht sie für seine eigenen, vielfältigen Zwecke.

Überlegungen zur politischen Ökonomie des Polizeigroßeinsatzes in Gorleben

Anmerkung der Redaktion: Folgenden Text entnahmen wir dem „Stiftung Unruhe-Info No.2", auch abrufbar im Netz unter nadir/stiftung unruhe.de. Wie die AutorInnen finden auch wir es höchste Zeit, aus dem letzten Castor die notwendigen Lehren für den anstehenden Transport im Oktober zu ziehen. Bleiben wir unberechenbar!!

Aus dem Vorwort des Info:
Geraume Zeit nach dem Castor-Transport ins Wendland melden wir uns von der Stiftung Unruhe wieder zu Wort. Wir hatten uns im Vorfeld zusammengefunden, um die Sichtbarkeit autonomer Politik gegen den Castor-transport zu fördern. Mit den nachfolgenden Überlegungen legen wir eine kleine Zwischenbilanz unserer Überlegungen zu der praktischen wie politischen Bedeutung dieser Proteste vor. Wir stehen schließlich in direkten Vorbereitungen gegen den vermutlich im Oktober geplanten nächsten Castor-Transport ins Wendland.

In diesem Absatz versuchen wir einen auch für uns historisch neuen Aspekt der Kritik an einem Bulleneinsatz darzustellen. Darin wollen wir uns nicht mehr darauf beschränken, uns hauptsächlich über Prügeleinsätze und die Verletzung von Grundrechten zu beklagen. Viel beunruhigender ist der für uns noch nicht ganz begriffene Wandel von großen Polizeieinsätzen zum großen Politikum durch den Apparat selber.
Denn in dem Maße wie die nach der Verfassung eigentlich dafür vorgesehenen Agenturen der politischen Willensbildung, d.h. die im Parlament und in der Regierung vertretenen Parteien sich aus einer politischen Diskussion verabschieden, in dem Maße fällt dem Polizeiapparat die Aufgabe zu, auch den offen gelassenen politischen Raum zu füllen. Das erscheint zunächst einerseits als ein Witz, wird aber doch in den letzten Jahren bei manchen politischen Großeinsätzen der Bullen auf sehr beklemmende Art und Weise wahr gemacht. Was heißt das?
Die in einem argumentativ von ihren politischen Führungsinstanzen im wahrsten Sinne des Wortes allein gelassenen Bullen sind vor die Aufgabe gestellt, ohne überzeugende politische Vorgabe unter allen Umständen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Doch genau die wird durch Protest und Widerstände aller Ort sowohl praktisch wie politisch in Frage gestellt. Die Bullen reagieren auf diese Entwicklung wie jeder auf Befehl und Gehorsam organisierte Apparat einerseits mit ihren bekannten technokratischen Mitteln. In diesem Zusammenhang können sie sich den Umstand zu Nutze machen, dass durch die Einführung von verdachtstunabhängigen Kontrollen die Unschuldsvermutung als konstituierendes Prinzip des bürgerlichen Rechtstaates faktisch gefallen ist. Auf der anderen Seite mutiert dieser auf die unbedingte Gewährleistung konservativer Sicherheit fixierte Apparat zu einem politischen Subjekt: Der Polizeieinsatz ist schon lange kein nur mehr technischer, er wird selbst politisch und fängt schon lange im Vorfeld eigentlicher politischer Aktionen an. Die zentrale politische Botschaft des Polizeiapparates ist die seiner eigenen Praxis: Die Gesellschaft wird verstanden als ein abschließbares Containment, basierend auf Ordnung und Sicherheit. Die Unvorhersehbarkeit des Konfliktes, und damit eine zentrale Dimension von gesellschaftlicher Freiheit, muß dafür erstens lokalisiert und dann zweitens eliminiert werden. In der Sprache der Antiimperialisten aus den 70er Jahren nannte man so etwas auch die Methode der Counterinsurgency. Wendet man diesen Gedanken auf die Politik des Bullenapparates um, so geht es von ihnen gegen jede Abweichung, Dissidenz und das "ganz andere" darum, Sicherheit und Ordnung nicht nur praktisch durchzusetzen, sondern auch politisch als positive Botschaft zu vermitteln Dafür soll das politische Gegenüber bereits im Vorfeld so verunsichert, so geschwächt und delegitimiert werden, dass es das Terrain des öffentlich wahrnehmbaren Konfliktes gar nicht mehr erreicht.
Dieses Phänomen der offensiven Bullenarbeit weit im Vorfeld konkreter Konfliktereignisse lässt sich zwischenzeitlich sowohl bei antirassistischen Grenzcamps, am revolutionären 1. Mai in Berlin als auch nun am Einsatz in Gorleben beobachten. Und die Wirkung wie Bedeutung dieses polizeilichen Agierens sollte nicht unterschätzt werden. Entscheidet es doch mit darüber, ob es einer Bewegung gelingt, nicht einfach nur im "politischen Spiel zu bleiben", sondern überhaupt erst dort anzukommen.
Die Bullen hatten für diesen Castor-Transport einen Planungsvorlauf von fast einem Jahr. Sie haben diese Zeit intensiv dafür genutzt, einen sogenannten "Einsatzabschnitt Einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit und Konfliktmanagement" einzurichten. Auf dieser Basis sind sie auf eine Vielzahl von "Interessengruppen" direkt herangetreten, zu denen auch die Bi-Lüchow-Dannenberg und die Bäuerliche Notgemeinschaft gehörten, um diese für eine sogenannte "Sicherheitspartnerschaft" zu gewinnen. Nach den Worten des Leiters dieser Abteilung sollte es dabei mit dem Ziel der Vereinbarung "konkreter Verhaltensmodalitäten im Konflikt" darum gehen "Verbündete" zu gewinnen, "um mit ihnen gemeinsam Spielregeln zu entwickeln, wie Eskalationen gebremst und der Ausbruch von Gewalt verhindert werden kann." (Deutsche Polizei Nr. 3/2001, S. 22/23)
Zu der anderen Seite des gleichen Konzeptes gehört der Aufbau einer virtuellen Medienwelt durch die Bullen selbst. Sie bescheinigen sich zwischenzeitlich selbst eine "Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mit mittlerweile hoher Professionalität. (...) Die täglichen Presseberichte, die im März von der gemeinsamen Pressestelle von Bundesgrenzschutz und Polizei zum Gorleben-Einsatz verbreitet wurden, gelangten über eines der modernsten Nachrichten-Netzwerke an Zeitungen, Radio, TV und Agenturen. Mittlerweile wickeln mehr als 60 Polizeidienststellen ihre Pressearbeit über "news aktuell", einen Dienst der Deutschen Presse-Agentur (dpa) ab." (Deutsche Polizei Nr. 5/2001)
Alle diese Maßnahmen lassen sich auch unter dem Begriff der polizeilichen Präventionsarbeit abhandeln. Sie strukturieren das Konfliktterrain wesentlich vor. Dabei changiert die Einsatzkonzeption der Bullen immer zwischen offen zur Schau gestellter bewaffneter Macht und ihrer taktisch verdeckten Differenzierung im Medium ihrer jeweilig konkreten Wirksamkeit. Das ist ein komplizierter Satz, den wir aber noch aufklären.
Der gesamte Bulleinsatz von Gorleben erweckte in einer auf die Oberfläche gerichteten Betrachtung den Eindruck eines auf Deeskalation und massive Präsenz gerichteten Einsatzkonzeptes. Vermutlich gab die rot-grüne Bundesregierung die stille Order an die Bullen 'raus, alles dafür zu tun, öffentlichkeitswirksame Prügelbilder zu verhindern. Sie wären unweigerlich als symbolische Prügel für einen nicht unwesentlichen Teil ihrer bei der nächsten Wahl angestrebten Wählerbasis verstanden worden. Doch dieser Oberflächenblick ist gemessen an dem was auch an polizeilicher Repression stattfand, unscharf . Uns zeigt die erfolgreiche Ingewahrsamsnahme eines der Sprechers der Kampagne X-Tausendmal-Quer Jochen Stay, für vier lange Tage eine ganz klare Eskalation des differenzierten polizeilichen Zugriffsinstrumentariums. Es ist immer nicht ganz einfach mit Bestimmtheit voraus zu sagen, was die Zukunft genau bringen wird. Allerdings könnte in der Logik dieser Maßnahme die Einführung einer temporären Residenzpflicht - nicht mehr nur für Flüchtlinge - für AtomkraftgegnerInnen liegen.
Gegen diese dargestellten Entwicklungen einer vom Bullenapparat kreativ voran getriebenen totalitären Formatierung von politischer Öffentlichkeit sowohl eine politische wie auch aussichtsreiche handlungspraktische Antwort zu finden, wird für die Weiterexistenz von Protesten und Widerständen, die aus Gründen ihrer eigenen Wirksamkeit unvorhersehbar bleiben müssen, von entscheidender Bedeutung sein.

Nicht ganz vergessen wollen wir aber noch in unserer Darstellung die ganz praktischen logistischen Probleme des Bullenapparates bei seiner dreckigen Arbeit.
Das Schienenkonzept wurde mit diesem Transport das erste Mal breit umgesetzt. Der Aktionsraum wuchs damit von den bisher ca. 20 Kilometern Strasse auf 70 Kilometer Schiene und Straße an. Die Polizeistrategie zielte darauf ab, in einem bestimmten Bereich um die Transportstrecke keine Versammlungen zuzulassen. Camps, die in diesem Korridor errichtet werden sollten, wurden per sogenanntem Niedersächsischem Gefahrenabwehrgesetz verhindert. Der Sammlungsort Nahrendorf wurde damit aufgelöst. Glücklicherweise ist diese Strategie so nicht aufgegangen. Trotz der Verbote sind die Leute in der Region Göhrde geblieben und haben sich nicht über das ganze Wendland verstreut.
Insgesamt hat der Apparat während der "heißen Zeit" im Wendland für sechs lange Tage mindestens 15.000 seiner Bullen gegen oft nicht mehr als 3.000 AtomkraftgegnerInnen aufgeboten. Dennoch ist er dabei soweit total ins rotieren gekommen, dass gerüchteweise aus der Bulleneinsatzleitung zu vernehmen war, das sie zeitweise mit dem Problem von "Kontrollverlust" kämpfen musste. Dass dies nicht bloße Spekulation ist, zeigen sowohl die Äußerungen des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, als auch die Worte des Gesamteinsatzleiters Reime im Fernsehen. Ersterer erklärte für die Zukunft eine "Trassierung der (Eisenbahn-)Strecke mit paralleler Straßenführung " für "geboten" da "nicht angehen (könne), dass sich Hundertschaften durch Wälder kämpfen müssen, um an einen Gleisabschnitt zu gelangen" (Deutsche Polizei Nr. 5/20001, S. 4). Letztere ließ sinngemäß im fernsehen verlauten: "50 Kilometer Schiene mach´ ich nicht noch mal!" In dem Hausblatt der Polizeiführungsakademie Hiltrup Die Polizei vom Mai 2001 vermerkt ein Bericht lakonisch, daß es einen Atomkonsens „für die Bundesregierung und die Energiewirtschaft vielleicht" gegeben habe. Für die Polizei sei jedoch „Vieles - und mit neuen Widerstandsvarianten konfrontiert - wie schon mehrmals gehabt" gewesen. Und weiter heißt es darin: „Ein Novum jedoch: Erstmals ist es Demonstranten gelungen einen Castor-Zug über 18 Stunden in seiner Weiterfahrt aufzuhalten. Der Durchführungsplan geriet völlig durcheinander." Diese aus unserer Sicht ermutigenden Äußerungen zeigen daß der Apparat mitnichten in jedem Moment und zu jedem Zeitpunkt das ist, was er zu sein vorgibt: Allmächtig.

Ein kleiner politischer Blick über den autonomen Tellerrand

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß an den beiden zentralen Auftaktdemonstrationen in Lüneburg am Samstag, und der Lüchow-Dannenberger Stunkparade der ortsansässigen Bauern am Sonntag in etwa die gleiche Anzahl von Protestierenden wie noch beim `97er Transport teilnahmen. In Lüneburg waren über 15.000 Leute und bei Hitzacker rund 5.000 Leute präsent. Diese umfängliche Beteiligung ein überzeugender Hinweis darauf, daß der Widerspruch im grünen Milieu gegen den „Atomkonsens" erheblich größer war, als der gegenüber der Entscheidung zum schönen „Menschenrechtskrieg" im Kosovo. Bitter aber wahr. Dennoch war diese TeilnehmerInnenzahl ein untrüglicher Beweis dafür, das es mit dem „Atomkonsens" nicht gelungen war, die Zahl der bei Castor-Transporten auf die Straße gehenden Protestierenden nennenswert zu senken. Ein erster gravierender Mißerfolg eben dieses Konsenses.
Eine andere Betrachtungsweise: Läßt man noch einmal in der Erinnerung den Ablauf der Lüneburger Kundgebung Revue passieren, so stellte sich das wirklich sowohl in Form und Inhalt als eine „Protestkultur der alten Bundesrepublik" dar. Die politische Zusammensetzung der KundgebungsteilnehmerInnen reichte von sich selbst mit Fahne als „Grüne" zu erkennen gebende Mitglieder, Autonomen, MitgliederInnen von Bürgerinitiativen, Gewaltfreien, Leuten von allen möglichen „linken Organisationen" (Linkswende, Ökolinx, Regenbogen. MLPD, DKP, PDS usw.) , Betroffenen, Tschernobyl-Müttern, Anti-Atom-Gesangsvereinen, jiddische Klezmer-Musik spielenden Künstlerinnen , Bauern, Jugendgruppen usw. Die verschiedenen Redebeiträge, die vorher für die Kundgebung abgesprochen worden waren, sollten die wesentlichen Gruppen dieses Protestes repräsentieren. Und so sprach als allererste eine Bi-Lü-Da-Aktivistin, eine Tschernobyl-Mutter, ein Kriminalisierter, ein Autonomer, sowie ein Vertreter der Kampagne x-Tausend. Nimmt man so etwas wie eine - aus verschiedenen Gründen nicht ganz unproblematische - Querschnittsaussage fast aller Redebeiträge, so kann gesagt werden, daß die meisten RednerInnen mit ihren Worten versuchten bei den KundgebungsteilnehmerInnen etwas anzurufen, was man als einen „Widerstandsgemeinschaftskonsens gegen den Atomkonsens" bezeichnen könnte. Dazu gehört es dann, das in diesen Reden immer mal wieder die Beeinträchtigungen oder Gefährdungen der „schönen Demokratie" beschworen wurden, die man glaubt perspektivisch für sich z.B. „gegen die Gangster aus der Atomindustrie" beanspruchen zu können. In diese freiwillig vollzogene Selbsteinordnung der RednerInnen in die Verfassung des demokratischen Obrigkeitsstaats mischten sich immer wieder auch sehr skurrile Aussagen und Demonstrationsformen. Die Vorstandsfrau der Bi-Lü-Da meinte während ihrer Rede tatsächlich: „Unser Symbol ist die Sonne". Die als „Tschernobyl-Mutter" annoncierte RednerIn brauchte doch während ihrer Rede vor 10.000 Leuten als Hinweis auf ihre Tschernobyl-Reaktion doch glatt den Satz „Meine Brüste vibrierten" über die Lippen. Wenig später folgte auf diese Rede eine Art lokaler Anti-Atom-Chor, bei dem sich seine Teilnehmerinnen durch die Kleidung in eine Art X verwandelt hatten. Dieser Chor animierte dann durch eine Art Gesang ein paar tausend Leute dazu, die Arme immer wieder hoch zu reissen, um in schrillem Ton „Wir sind jetzt ein X" zu kreischen. Die Kundgebung verwandelte sich im Handumdrehen in einen in sich auch noch demonstrativ nach außen kehrenden selbstgefällig--fröhlichrenitenten Kirchentagshaufen. Eine Reihe von Szenen und Aussagen dieser Kundgebung konnten einem über soviel Einfalt schon die kalten Schauer über den Rücken jagen. Und die richteten sich nicht an einem Gedanken eines freien Protestes auf, sondern waren der Einübung in eine halb geduckte konformistische Heinzelmann- und Frau-Identität geschuldet.
Das unser Redebeitrag, bei dem nicht zufällig die Live-Übertragung des Fernsehsender Phoenix abgebrochen wurde, bei knapp der Hälfte der KundgebungsteilnehmerInnen in Form eines minutenlang anhaltenden engagierten Pfeifens auf energische Ablehnung stieß, werten wir keineswegs als Mißerfolg. Wir haben versucht unsere politischen Interessen für unsere Beteiligung im Anti-AKW-Widerstand zu formulieren; das heißt: Wir haben zugleich damit deutlich und unmißverständlich gesagt, was nicht wollen und was wir schlecht finden. Ein solcher Zugriff, der gerade keinen klebrigen Widerstandsgemeinschaftskonsens beschwört, fordert im Unterschied zu solchen markanten Aussagen wie: „Unser Symbol ist die Sonne" Widerspruch natürlich heraus. Wir haben nichts dagegen, wenn sich zukünftige Anti-AKW-Kundgebungen in Foren über die kontroverse auszuhandelnde Frage verwandeln, mit welchen gesellschaftspolitischen und vielleicht auch kuturrevolutionären Perspektiven wir diesen Kampf eigentlich führen.



Das Schienenkonzept hat uns sehr gut gefallen

Aus strategischer Blockadesicht beurteilen wir das Schienenkonzept als erfolgreich. Auf den Gleisen tummelten sich erfreulich quirlige und entschlossene x1000erInnen, Engagierte von Umweltverbänden und – unternehmen, teils (un)organisierte Castor-gegnerInnen, direct action groups und einige hundert muntere Autonome. Teils im unkoordinierten Nebeneinander, teils in gekonnter Mischung oder Absprache.
Von uns wurden die praktischen Veränderungen der Kampagne X-1000 im Vorfeld nicht genau genug registriert. Unsere Kritik

besaß als Fixpunkt die schlechten Erfahrungen mit dieser Kampagne vor dem Verladekran in Dannenberg im Frühjahr 1997. Um so mehr wurden wir diesmal von der gewaltfreien Vehemenz und Kreativität von X-tausend-mal-Quer positiv überrascht. Diesmal haben die AktivistInnen von X-tausend in ihrer Praxis einen uns sehr überzeugenden Weg aus der passiven Opferhaltung heraus eingeschlagen. Allerdings zeigt der Verzicht der x-1000-Aktiven



auf eine Straßenblockade am Donnerstag angesichts einer dramatischen Bullenübermacht in Laase, eine weitere strategische Grenze dieses Konzeptes auf. Trotz dieser positiven Erfahrung halten wir an unserer Kritik an der weiter vorhandenen Medienorientierung und dem basistechnokratischem Binnenansatz der Kampagne fest. Es ist für uns sowohl in einem politischen wie handlungspragmatischen Sinne nicht akzeptabel, wenn in diesem Zusammenhang ganz sozialtechnisch von "TeilnehmerInnen" an Aktionen gesprochen und damit einer klaren Hierarchisierung in Vordenkende und Ausführende das Wort geredet wird. Allerdings darf eine derartige Kritik keine Begründung einer Ausgrenzung der Aktiven liefern, sondern muß für die Zukunft eine bessere Plattform für genauere Auseinandersetzung ermöglichen.

Zwei Gruppen des Castor-Protestes sollen von uns nicht unerwähnt bleiben, auch wenn wir uns derzeit nicht ganz klar ist, in welcher Weise wir mit diesen in eine politische Diskussionen eintreten können. Es handelt sich dabei natürlich um die "wendländische Bevölkerung" in all ihren Schattierungen: Zu nennen sind in diesem Zusammenhang zunächst einmal die in Sachen Atom erfreulich renitenten Landwirten, denen der Atomprotest immer wieder von neuem die wohlfeile Gelegenheit eröffnet, ihre PS-starken Arbeitsgeräte einer auch noch klatschenden Öffentlichkeit vorzuführen. Und diese protestfreudigen Teile der wendländischen Bevölkerung hören bei den örtlichen Schulkindern, Lehrern, Pastoren, Landräten, und Aktivisten des lokalen Deutschen Roten Kreuzes noch lange nicht auf. Und nicht ganz vergessen werden sollten die Handvoll West-AktivistInnen der PDS. Sie besitzen zwar so gut wie überhaupt keinen relevanten Einfluß in der Partei, gleichwohl versuchten sie aber mit einigem an Geld, Infrastruktur und entsprechender optischer Präsenz im Camp Nahrendorf natürlich ihr parteipolitisches Süppchen auf Kosten der Grünen zu kochen.

Vor Ort waren auch die professionalisierten Medienunternehmen ***Robin Wood*** und ***Grennpeace*** präsent. Greenpeace ist bekanntlich ein straff hierarchisch geführtes Unternehmen, welches mit Aktionen und Aktionsplacebos in die Medienmärkte der westlichen Staatengemeinschaft investiert. Nicht ganz zu Unrecht konnte Greenpeace bei den jetzt anstehenden Castor-Protesten davon ausgehen, auf dem Anti-Atom-Markt mit Hilfe einiger gut placierter Aktionen eine schelle Rendite zu erwirtschaften. (auch wenn das natürlich nicht das einzige Ziel einer derartigen Organisation sein kann) Demgegenüber stellt sich Robin Wood als die weit aus sympathischere Organisation dar, und das nicht nur deshalb weil sie noch basisdemokratische Organisationsprinzipien geltend macht. Bei diesen Anti-Castor-Aktionen hat Robin Wood in vorbildlicher Weise auch mit regionalen AktivistInnen kooperiert. Allerdings impliziert das von beiden Organisationen während der Anti-Castor-Protetste umsichtig betriebene Labeling, daß dabei jedes halbwegs autonome, nicht vollständig verwertbares Aktionszeichen hinter eben dem Organisationsnamen zum verschwinden gebracht wird: Die Botschaft besteht nicht etwa darin zu zeigen, das alle aufgefordert werden, sich auch zu wehren, sondern darin, diese Organisation zu unterstützen. Und da finden wir allemal, daß es erstens um viel mehr und zweitens auch um etwas "ganz anderes" gehen müsste.



Selbstankettung des Widerstandes?

Bei diesem Castor-Transport war ein exponentielles Wachstum von Schienen-Ankettaktionen zu verzeichnen. Zweifellos können solche staatlich nicht erlaubten, logistisch gut vorbereiteten Aktionen in einem strategischen Sinne sehr effektiv sein,: demonstrieren sie doch den Schottersheriffs zunächst einmal eine lange Nase der pfiffigen Überlegenheit. Allerdings, so finden wir, sind die politischen Wirkungen dieser Aktionen, die tief sowohl in die Gesellschaft als auch in unsere eigenen Reihen hinein reichen, (siehe hierzu auch Titelbildwahl der Interim Nr. 523, welches eine derartige Aktion zeigt) ambivalent. Nehmen wir hierzu einige Passagen in dem Beitrag von Sergeant Pepper in der bereits erwähnten Interim Nr. 523. Er schreibt dort u.a.: "Die vergleichsweise "archaische" Zeit der Baumstämme, Strohballen und museumsreifen Blockade-Trecker scheint abzulaufen. Die Widerstandsaktionen liegen auf einem sehr hohen technischen Niveau. (...) Dies ist begrüßenswert, bereichernd und ergänzend - effektiv sowieso." Auch wenn der Autor unmittelbar nach dieser Aussage einräumt, daß "ein solches Spezialistentum auch stark zu Lasten einer möglichen Vermassung von / bei Aktionen und des (...) we can do it!-Effektes, also erlebten, praktizierten und letztlich "erfolgreichen" gemeinsamen Widerstands vor Ort" gehen könnten: Aus unserer Sicht machen diese Zeilen sehr schön klar, wie sich eine spontan auf "Effektivität" und "Erfolg" orientierte Perspektive, auf Kosten autonomer Politik selbst im Bewußtsein unserer eigenen Genossen durchfressen.

Aus unserer Sicht besteht die Ambivalenz der Schienen-Ankettaktionen darin, daß sie implizit auf den propagandistisch breit getretenen Schutzauftrag der Bullen vertrauen, geben diese doch nicht zufällig zum Besten, sowohl den Castor, das Demonstrationsrecht und das Leben jeder einzelnen Demonstrantin zu schützen. Nicht ungeschickt drehen die Sheriffs dann diese gegenüber der Weiterfahrt des Castors erfolgreichen Aktionen politisch dadurch um, dass sie der Öffentlichkeit mitteilen, an einer "Befreiung" der Einbetonierten oder Angeketteten zu arbeiten. Nun lässt sich berechtigt einwenden, dass die Bullen gar nicht anders können, als sich gegenüber den je Angeketteten oder Einbetonierten sehr fürsorglich zu verhalten, solange die Öffentlichkeit in der Nähe weilt. Die Frage jedoch, inwieweit diese Aktionsformen sich nicht allzu sehr auf eine Kooperation mit den Schergen einlassen müssen, bleibt als Problem weiter bestehen.



Wir und die Bi Pycho-Pannenberg?
Vorhersehbar stellten sich unsere Diskussionen über den Charakter, die Funktion, die historische wie aktuelle Bedeutung der BI Lüchow-Dannenberg aus mehreren Gründen am kompliziertesten dar. Diese Diskussion ist wirklich nicht leicht und sie stellt für uns einen unsicheren Eiertanz dar. Unsere Positionen über unser Verhältnis zur Bi Lü-Da schwankten zwischen weitere appellieren, funktionalisieren, ignorieren aber auch angreifen. Mehr als einmal waren wir mit dem Umstand konfrontiert, daß jeder unserer an die Adresse der Bi Lü-Da geschleuderten - und selbstverständlich berechtigten - Anwürfe an uns in doppelter Weise als Fragen zurück kehrten.
Unbezweifelbar besitzt die Bi Lü-Da Bi aufgrund ihrer über 20 jährigen Existenz im Wendland über alle Anti-Atom-Proteste so etwas wie eine politische Hegemonie. Die Bi betreibt über diesen langen Zeitraum genau das was wir nicht tun wollen oder können: Anti-Atom-Fachpolitik und die Mobilisierung ihrer mittelständischen Basis. Allemal mehr als Autonome und autonome Gruppen kann die Bi Lü-Da in der Form sowohl als legitimer Abkömmling der Anti-Atom-Bewegung wie auch zugleich als Repräsentantin der wendländischen Bevölkerung gelten. Dadurch besitzt sie das, woran wir immer wieder zwischen bürgerlicher Öffentlichkeit und Nicht-Öffentlichkeit changieren: Medial gestützte Außendarstellung, sprich Sichtbarkeit. Zwar wurde in unseren Diskussionen immer wieder von einzelnen bekräftigt, daß wir selbstverständlich den Allgemeinvertretungsanspruch die Bi Lü-Da zurückweisen. Allein, es ist uns noch nicht ganz deutlich, wem wir das überhaupt mit welchen genauen Konsequenzen sagen. So konnte die von Teilen der "Bewegung" immer mal wieder an die Adresse der Bi Lü-Da geäußerte Kritik an ihrer denunziatorischen Pressearbeit (z. B. anlässlich bestimmter Angriffe auf die Bahngleise am 18.2., siehe Chronologie) dabei jedoch von einzelenen Äusserungen auf eine zu dem zeitpunkt nicht vorhandene Gesamtsicht der BI Lü-Da geschlossen. Bei unserer zukünftigen Position müssen wir bedenken, dass die Bi Lü-Da von großen Teilen der Medien, der Bullen aber auch durch viele Protestierende selbst immer wieder in eine Position des Allgemeinvertretungsanspruches gedrängt wird. Klar scheint nur zu sein, dass eine zu schnelle und zu schlecht begründete Absage an jede Form einer Kooperation mit der Bi Lü-Da allenfalls die Selbstzerstörung der Protestkultur befördern könnte, ohne dass das zum gegenwärtigen Zeitpunkt irgend jemanden nützen würde.
Immerhin war die Bi Lüchow-Dannenberg bei diesem Castor dazu in der Lage, eine klare und unmissverständliche Ablehnung des Konfliktmanagements und anderer Dialogangebote der Polizei zu formulieren. Das weist sie als verlässliche Konstante eines bürgerlichen Widerstandes aus. Derselbe begrenzte Horizont verhindert jedoch eine Dialogkultur mit linken Strömungen dergestalt, dass eine antibürgerliche Widerstandsperspektive nicht eingenommen werden kann und deren militante Ausdrucksformen tatsächlich für möglich gehalten werden. Wer derart öffentlich wie ein Vorstands- und andere Basismitglieder einer Initiative fabuliert, dass die Gleise so gut bewacht seien, dass Eingriffe wie das Schienen-X nur mit Unterstützung des Staatsschutzes möglich seien, verwechselt die Beschränktheit des eigenen Vorstellungsvermögens und die Verinnerlichung ohnmächtiger Unterwerfungsrituale mit einem taktischen Umgang mit Aktionsformen anderer Strömungen.
Allerdings kann in praktischer Hinsicht bei diesem Castor-Transport festgestellt werden, da ß die Bi-Lü-Da keine Anteile am Erfolg des Schienenkonzeptes besaß. Sie reduzierte sich mehr oder minder freiwillig zum Dienstleistungsbetrieb für einheimische und auswärtige ProtestlerInnen einerseits und zur "Wortausspuckmaschine" gegenüber der Presse andererseits. "Die Bürgerinitiative entwickelt sich in der unmittelbaren Transportzeit immer mehr zum reinen Vermittlungs-Apparat gegenüber der Presse", so der ehem. Sprecher Edler in seiner jüngst erschienenen Buch im Rückblick auf den Castor 1997. Diesmal war allerdings festzustellen, dass es der Polizei mit dem Errichten eines gut abgeschirmten Pressecontainerdorfes nahe des Verladekrans gelungen war, in Sachen „Pressebetreung" der BI „den Rang abzulaufen".
Es scheint so zu sein, daß die Bi Lü-Da als ehemals treibende Kraft des Widerstandes am Ende ihrer aus den 70er und 80er Jahren erworbenen Fähigkeiten angelangt ist: In der Organisationsform ist die Erfindung von Bürgerinitiativen ein Überbleibsel aus der Phase der sozialliberalen Regierungsepoche zu Beginn der 70er Jahre, die auch unter dem Motto von „Mehr Demokratie wagen!" stand. Auch daraus entwickelte sich ein gesellschaftspolitisches Umfeld, aus dem sich der Aufstiegsprozess der Grünen Partei speiste. Mit der Übernahme der Bundesregierung durch Rot-Grün haben sich die Koordinaten für die Anti-Atom-Bewegung gravierend verändert.
Der Ahaus-Transport unter einer rot-grünen Landesregierung und einem grünen Polizeipräsidenten 1998 machte schon deutlich, dass gerade diese Charaktermasken eher dazu in der Lage sind, die Anti-Castor-Proteste strategisch zu bekämpfen als die Hardliner der alten Garde. Weder von ihrer Biographie und ihrem Milieu her ist ein großer Teil von Bi-Aktivisten wahrscheinlich dazu in der Lage, die notwendig direkt gegen die Rot Grüne Bundesregierung eingenommene Stoßrichtung der Castor-Widerstände zu erfassen. Dieses Milieu ist schlicht nicht dazu in der Lage, zu verstehen, daß die Partei die Grünen eben als Partei genau wie z.B. die CDU funktioniert. Das scheint uns jenseits persönlicher Zuschreibungen und Animositäten der Kern des politischen Konfliktes zwischen uns und der Theorie und Praxis der Bi Lü-Da zu sein.
Folgerichtig vermochte die Bi Lü-Da während des Protestauflaufes in Dannenberg an der Essowiese keine schlüssige Aktionsorientierung anzubieten, sondern ging letztendlich in deplazierten Beschwichtigungsformeln unter, als der Bulleneinsatz dort eskalierte. Insofern teilen wir auch die offenen Fragen der ***no fate femmes*** (Interim Nr. 526) bezüglich der Motivation eben jener BI, sich derart bereitwillig sowohl auf die Berechenbarkeit der Proteste wie zugleich auf Autonomen-Befriedung einzulassen.
Widerspruch melden wir an, wenn eine inhaltliche Annäherung an die Grünen als Begründung vermutet wird. Auch wenn ihre SprecherInnen ständig in einer Appellhaltung gegenüber der Partei die ***Grünen*** verharren, ist doch ein inhaltliches Einknikken in den Sachfragen End- und Zwischenlagerung nicht zu befürchten. Die BI kocht ihr eigenes politisches Süppchen als latent verlängerter Arm der liberal codierten Medienindustrie und Bastion einer falsch verstandenen Zivilgesellschaft. Dabei kompensiert sie die gesunkene Bedeutung innerhalb des Wendlandes und "der Bewegung" durch eine stärkere Außenrepräsentation. Was lehrt uns das alles nun?
In der gegen den nächsten Wendland-Castor gerichteten Bündnisarbeit stößt unser Konzept einer auf Handlungsermächtigung gerichteten Perspektive zuallererst auf Schranken in den Köpfen der potentiellen BündnispartnerInnen selbst. Und das verweist uns bei aller Schienenaktionsplanung auf die leicht übersehene Aufgabe zurück, nach der jeder politische Kampf zuallererst auch ein Kampf um die Köpfe ist. Und wir wissen von uns selbst, das so etwas leichter hingeschrieben, als praktisch „von Gesicht zu Gesicht" erstritten wird. Einige Leute von uns haben den Entschluß gefasst, die Bi Lü-Da in Zukunft komplett ignorieren zu wollen. Aber vielleicht wird es sogar doch einige von uns geben, die die Bi Lü-Da beim nächsten Castor-Transport mit der Frage konfrontieren, wie sie die ihr von den Bullen zugedachte Rolle der Kanalisierung von Widerstand in systemkonformes Protestverhalten zu vermeiden gedenkt. Unter Umständen kommen wir so in eine lebhafte Auseinandersetzung.

Kontaktadresse:
HAL und Dr. Chandra
Auf der Rheinbrücke 7
77851 Kehl

Zu dem Info gehört auch eine ausführliche Protest-Chronologie des diesjährigen Widerstands , die wir in den Ordner für unveröffentlichte Texte im Schwarzmarkt hängen.

Hamburg, Altona Nord: Zum letzten Mal „Phantom der Oper"

Bullaugenimitate als Fenster, ein schräg hochstehendes Vordach aus Stahl und viel pissgelber Klinker – seit 11 Jahren steht am S-Bahnhof Holstenstraße unübersehbar die „Neue Flora". Form und Inhalt harmonieren prächtig miteinander: Von außen der bei Hamburger Neubauten der 90er Jahre standardmäßige pseudomaritime Stil mit der Originalität einer Büroklammer, drinnen Kultur als Fliessbandbetrieb. Am Eingang die Ankündigung: „Nur noch bis 30. 6.: Das Phantom der Oper". Zum letzten Mal lief das tägliche Ritual ab: Vor 16 und 20 Uhr laden Reisebusse und Taxis Hunderte von Leuten in Ausgehkleidung ab, aus der S-Bahn strömen Weitere, Autos kurven hektisch herum auf der Suche nach einem Parkplatz. Jugendliche versuchen mit Handzetteln das Musicalpublikum zum Besuch nahegelegener Restaurants zu bewegen, zwei hotelmäßig uniformierte Türsteher passen am Hauptportal auf, das die sich hier tagsüber zum Saufen treffenden AnwohnerInnen beim Einlass des Publikums entfernt halten. Wie jeden Tag ist unter der Eingangstreppe die Pisse weggespült worden – auch hier gibt es kein öffentliches WC. Dafür aber zwei Vorstellungen täglich mit jeweils Tausend Plätzen. Über 7 Millionen BesucherInnen haben das Musical „Das Phantom der Oper" seit 1990 gesehen. Seit 1998 lief es nicht mehr so gut, Eintrittskarten wurden vermehrt zu Sonderpreisen verkauft, um die Vorstellungen aufzufüllen. Als der Besitzer, die Stella Entertainment von Fritz Kurz Anfang 2000 kurz vor der Pleite stand, schien es mit der Neuen Flora wie mit Cats und dem Operettenhaus vorbei zu sein. Aber die Hoffnung war trügerisch: Wenn der Kapitalismus mal was gutes haben könnte – in diesem Fall der Abgang der Stella AG ohne Vorhang – dann greift der Staat ein. Die Landesregierung Baden-Württemberg hatte 1998 eine Bürgschaft über 30 Millionen für die Stella AG des Stuttgarters Fritz Kurz übernommen. Die Stella ist seit Juni 2000 im Besitz der DEAG, Deutsche Entertainment von Peter Schwenkow. Der beschloss, die ewiglaufenden Musicals Phantom und Cats durch neue Produktionen ähnlicher Machart zu ersetzen. Im September startet Mozart – bis dahin wird das Kulturfließband umgebaut.

So heftig bei der Premiere vor 11 Jahren das „Phantom der Oper" umstritten war, so unspektakulär wird es jetzt vom Spielplan abgesetzt. Im Juni 1990 fanden die „Phantomenalen antikapitalistischen Aktionstage" in Hamburg statt. Zeitgleich mit der Premiere des „Phantom" tagte seinerzeit das erste Mal die „Internationale Handelskammer" in Hamburg, um die Claims in den zusammengebrochenen Staaten Osteuropas abzustecken. Für die linksradikale Szene war der Zusammenfall dieser zweier Events ein willkommener Anlaß zum Stören, zumal der Premiere in der „Neuen Flora" ein Erfolg an der „Alten" Flora vorangegangen war. Ursprünglich wollte Fritz Kurz sein Phantom-Musical am Schulterblatt inszenieren – aus den Protesten gegen die dadurch befürchtete Umstrukturierung des Schanzenviertels entwickelte sich die Besetzung der seitdem Roten Flora. Am 12. 9. 1988 zog Fritz Kurz sich aufgrund der auch militanten Proteste entnervt vom Schulterblatt zurück und bat die Stadt um einen anderen Standort für seinen Musicalbau. Der Senat wurde 800 Meter entfernt fündig: Am S-Bahnhof Holstenstraße. Der Rotflorist Andreas Blechschmidt bemerkte in dem Buch „Umkämpfte Räume" 1998 im Rückblick dazu selbstkritisch: „... rief dieser Standort keine Mobilisierung hervor – auch weil ‚Aus den Augen, aus dem Sinn' bei der Intensität des Widerstands eine Rolle gespielt hat".

Aber gerade hierdurch wurde die Premiere des „Phantom" ein denkwürdiges Ereignis: Die Polizeiführung rechnete nicht mit spektakulären Protesten – und wurde überrascht. Zwar waren am 29. Juni 1990 Tausende Polizisten und BGSler im Einsatz, aber hauptsächlich zum Schutz der Tagung der Internationalen Handelskammer. So konnten sich direkt vor dem Portal der Neuen Flora hunderte Protestierende sammeln. Als Premierengäste wurden Prominente und Reiche erwartet – die Karten kosteten für diesen Abend ein- bis zweitausend Mark. Spätestens am Eingang kamen sie in häufig recht direkten Kontakt mit dem Protest. Die festlichen Kleider und Anzüge von vielen Hamburger Pfeffersäkken wurden Teil eines Happenings: Flüssigei auf grauem oder schwarzen Anzug und Farbei auf Pelz waren die beliebtesten Arrangements. Die Polizei begann, ohne Verständnis für diese Straßenkunst, den Platz mit Wasserwerfer und Knüppel frei zu räumen. Nicht verhindert werden konnten die Unmutsäußerungen in den Seitenstraßen. Viele AnwohnerInnen beteiligten sich dort daran, den Premierengästen auf dem Weg zum Phantom die Vorfreude zu trüben. Nicht sehr ratsam war es, mit dem Cabrioporsche vorzufahren. Die Greif- und Prügeltrupps der Polizei konnten nicht überall sein. Am nächsten Tag klagte Bild: „Autos verglühten, Wasserwerfer leer – Polizei verlor Schlacht". Der GAL-Abgeordnete Manfred Mahr jammerte über die „Eskalation der Gewalt". Die Zeitschrift Konkret nahm einen rotgesprenkelten Anzugträger als Titelbild und kombinierte auf zwei Heftseiten Fotos von den Premierenprotesten mit passenden Zitaten aus Opern, etwa: „Lodern zum Himmel, seh ich die Flammen" zu einem ausbrennenden Mercedes. Im sonst so anonymen, von großen Straßen dominierten Stadtteil Altona-Nord ergab sich an diesem Tag eine nette Gemeinsamkeit auf den Straßen. Für den Senat ist Altona-Nord seitdem um so mehr ein „sozialer Brennpunkt". F. von der Gruppe Junger Anarchisten/Rätekommunisten (GJA/R) bilanzierte etwas zu euphorisch eine Woche später in den ***Lokalberichten Hamburg***: „Die autonom-revolutionäre Szene ist immer noch mobilisierungsfähig." Der Erfolg bei der Störung der Phantom-Premiere lag mehr an glücklichen Zufällen, einer erfreulich blöden Polizeistrategie und an der nachbarschaftlichen Protestbeteiligung mit dem sprichwörtlichen Blumentopf als an einer mobilisierungsfähigen Linken. Es war eine einmalige Konstellation, das sich Hamburgs Reiche und sogenannte Schöne ein Stelldichein in einem von Armut geprägten Stadtteil gaben: Maximilian Graf von Bismarck, Helmut Schmidt und sein Freund und Mäzen Kurt A. Körber, Volker Rühe und andere Prominente verirren sich sonst nicht in die „Neue Flora." Das Publikum des Phantom besteht aus KleinbürgerInnen, die sich mal eine Wochenendpauschalreise nach Hamburg gönnen. Auch bei den Lesereisen des „Neuen Deutschland" nach Hamburg stand öfters ein Phantom-Besuch mit im Programm. Einige Phantom-Besucher standen immer auch auf den Parkplätzen der Gegend in kleinen Gruppen um ihre Autos herum und verspeisten mitgebrachtes Essen. Umstrukturierung im Stadtteil und gewinnorientierter Kulturbetrieb als kapitalistische Modernisierung lassen sich nicht so in das vereinfachte Schema von guten Armen gegen böse Yuppies hineinpressen, wie dies Genosse F. von der GJA/R seinerzeit sah: "Werden die Yuppies über das Phantom das Viertel stürmen und die Armen vertreiben, oder werden sie dabei auf die Fresse kriegen? ... Die PhantombesucherInnen jagen wir aus dem Viertel, und die Hafenstraße bleibt." Angemessener erscheint mir - auch im Nachherein - ein Spruch, der auf einem Transparent am 29. Juni 1990 am Portal der Neuen Flora hochgehalten wurde: „Kurz-Kultur im Fast-Food-Stil – macht bloß dumm und kostet viel."

Gaston Kirsche (gruppe demontage)

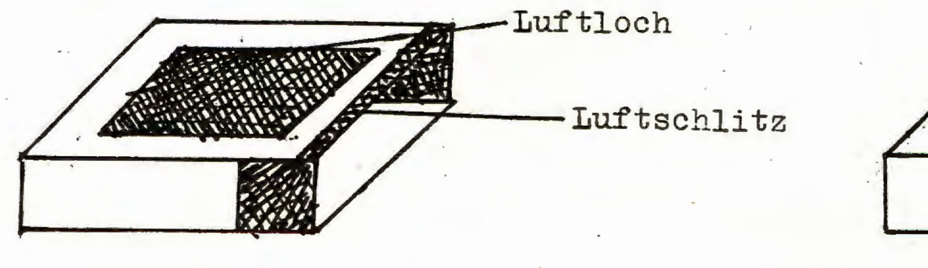
Dokumentation:

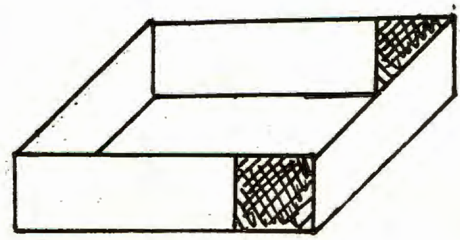
Bastelanleitung nicht nur für RaucherInnen

Es gibt Anlässe, bei denen es sinnvoll erscheint, daß das eine oder andere Auto (oder anderes) abbrennt (Castor, Nazis). Wir haben einen Zeitzünder (weiter-)entwickelt, der zuverlässig funktioniert und den wir euch nicht vorenthalten wollen. Das Ziel war es, einen Zeitzünder herzustellen, dessen Bestandteile leicht und unauffällig zu beschaffen sind. Also los: Ihr braucht:

- Eine Zigarette
- Eine Streichholzschachtel
- Ein Gummiband
- Etwas zerbröselter Grillanzünder
- Die Cellophanhülle einer Zigarettenschachtel – die ist wichtig, damit weder die Streichhölzer noch die Zigarette Feuchtigkeit von dem Grillanzünder ziehen. (Die Cellophanhülle unbedingt mit Spiritus o.ä. reinigen – wg. Der Fingerabdrücke)
- Sowieso Handschuhe wegen der Sicherheit

Der Aufbau: (erst mal grob) Die Streichhölzer liegen eng an der Zigarette an. Die Kippe steckt in der Streichholzschachtel, in die vorher Löcher geschnitten wurden. In der Streichholzschachtel befindet sich auch noch der zerbröselte und (wg. Der Feuchtigkeit) in Cellophan verpackte Grillanzünder. Das Prinzip: Ihr steckt die Kippe an (Filter hinterher abbrechen – Speichelspuren!) Die Kippe brennt runter (jetzt könnt ihr verduften) und entzündet die Streichholzköpfe. Diese entzünden den Grillanzünder, der wiederum den von euch deponierten Brennstoff entzündet. Unser Tipp: Pattexbeutel.

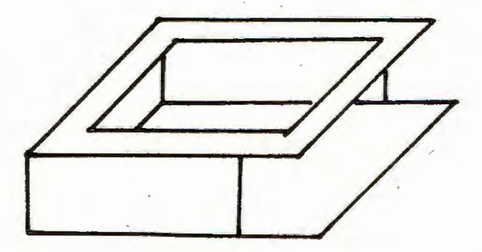


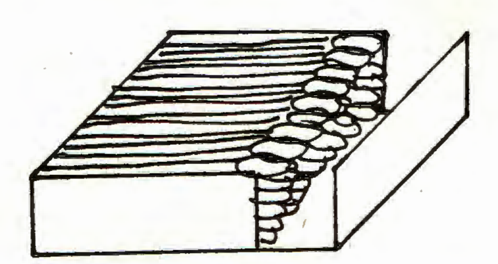


Deckel

Schublade

1. Streichholzschachtel so zurecht schneiden wie auf der Zeichnung zu sehen (die markierten Flächen raus- bzw. abschneiden). Ohne Luftloch und Schlitz läuft nix – also nicht vergessen.



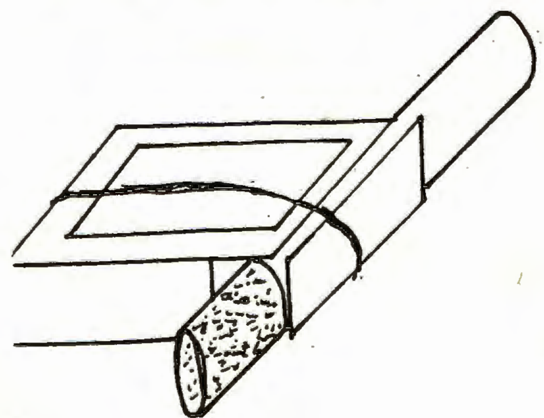


2. Zündhölzer und Zigarette in die „Schublade" legen. Die Kippe muß gegen die Zündholzköpfe drücken. Der Filter der Kippe sollte noch raus gucken damit ewr nach dem Entzünden leicht abgebrochen und mitgenommen werden kann.
3. Ein wenig Grillanzünder ins saubere Cellophan bröseln. Das Cellophan möglichst flach falten. Es genügt ein etwa Briefmarken großes Päckchen. Der Grillanzünder dient nur als Initialzündung.
4. Das Päckchen auf die Zündhölzer legen. So dicht wie es geht an die Zündköpfe, da diese nur kurz brennen. Schublade nun vorsichtig in den Deckel schieben und zum Schluß alles mit dem Gummiband fixieren.

So, der Zünder ist nun fertig. Desweiteren braucht ihr Plastikbeutel mit Pattex. Lösungsmittelfreies Pattex ist scheiße – es brennt nicht. Tropffreies P. verteilt sich beim Brand schlecht. Den Beutel deponiert ihr beim Auto auf die Reifen, die dem Motorraum am dichtesten sind. Zusätzlich schadet eine dünnwandige Plastikflasche mit Benzin-Dieselgemisch, die ihr neben den Reifen legt, nur dem Objekt und nicht eurem Anliegen (und sieht auch geiler aus wenns brennt). Den Beutel solltet ihr etwas strammer zubinden, weil sonst der Beutel sehr schwabbelig ist und vom Rad rutscht (rutschen könnte). Den Zünder legt ihr unter einen Zipfel des Beutels – unter den Zipfel damit die Flamme des Zünders nicht gleich vom Gewicht des Beutels erdrückt wird – alles am Besten vorher mal ausprobieren. Nun habt ihr je nach Windlage und Zigaretten 3-7 Minuten Zeit, euch gemächlich zu entfernen.

Seid vorsichtig, habt Spaß und erfreut euch beim Medienecho.

In diesem Sinne: Verzögertes Feuer & große Flamme!!



Anm. d. Redaktion: Vielen Dank für diese Zuschrift!! Allerdings möchten wir darauf hinweisen, dass diese Anleitung von uns in keinerlei Weise getestet wurde, also vorher mal ausprobieren! Zum Zweiten wurde Pattex in der Vergangenheit vielfach für Brandanschläge benutzt. Die Bullen sind weder blöd noch schlafend, seid also vorsichtig beim Kaufen!

Rote Flora im August 2001

Veranstaltungstermine lagen bei Redaktionsschluß nicht vor!
Informiert Euch über www.roteflora.de oder den Monatsflyer 08/01.

Termine „Cafe Niemandsland":

05.08.2001 Sommerpause

12.08.2001 Sommerpause

19.08.2001 4. Antirassistisches Grenzcamp – Nachbereitung
-Rückblick, Einblick, Ausblick-

26.08.2001 „Land and Freedom"
-Spielfilm über den spanischen Bürgerkrieg-

Immer ab 17.00 Uhr in der Flora-Vokü!

regelmäßige termine:		
Montag	19:00	Kochsession veganes Essen
Montag	17:00	offene Motorradwerkstatt – Schrauben und Klönen
Montag & Donnerstag	16–19	Archiv der sozialen Bewegungen Tel. 43 30 07
Dienstag	18–23	Dubcafe
Donnerstag 14-tägig	19:00	Kochkollektiv veganes Essen **(Für die anderen Donnerstage werden neue Leute gesucht!)**
1.Samstag im monat	12:00	Frühstück
Sonntag	17:00	Cafe Niemandsland
Sonntag	gantägig	Studio F (fsk 93.0) sendet aus der Roten Flora

AHOI-Programm August 2001
Balduintreppe, St. Pauli Hafenstraße

Mi.,1.8.	ab 16 Uhr	Klub: Disqualifiziert DJ's Bootsman, Pep u.a.
Do., 2.8.	20.00 Uhr	Der rote Donnerstagsklub
Fr., 3.8.	21.00 Uhr	Party: Ein netter Abend mit Hexe und Gräte
Sa., 4.8.	21.00 Uhr	Party: Trippy Drop Sounds (Trip Hop)
So., 5.8.	15.00 Uhr	Kaffeetrinken und Katerkurieren
Di., 7.8.	ab 16.00 Uhr	Rock'n Roll over – Kneipe
Mi., 8.8.	ab 16.00 Uhr	Kneipe mit zeitgenössischer Musik DJ Meister Ekkard
Do., 9.8.	20.00 Uhr	Der rote Donnerstagsklub
Sa., 11.8.	21.00 Uhr	Party: Audio Affairs, DJ Goodfella and Guests Mc's and vocals, von d&b bis dub
Di., 14.8.	ab 16.00 Uhr	Rock'n Roll over – Kneipe
Mi., 15.8.	ab 16.00 Uhr	Afterworkclub
Do., 16.8.	20.00 Uhr	Roter Donnerstagsklub
Di., 21.8.	ab 16.00 Uhr	Rock'n Roll over – Kneipe
Mi., 22.8.	ab 16.00 Uhr	Kneipe mit zeitgenössischer Musik
Do., 23.8.	20.00 Uhr	Roter Donnerstagsklub
Di., 28.8.	ab 16.00 Uhr	Rock'n Roll over – Kneipe
Mi., 29.8.	ab 16.00 Uhr	Kneipe mit zeitgenössischer Musik
Do., 30.8.	20.00 Uhr	Der rote Donnerstagsklub
Fr., 31.8.	21.00 Uhr	Party: ein netter Abend mit Hexe und Hennes

Kontaktadresse: Ahoi c/o Schwarzmarkt